RÜCKBLICK

50 Jahre Wirtschafts-publizistische Vereinigung

WPV
Wirtschaftspublizistische Vereinigung e.V.

RÜCKBLICK

50 JAHRE WIRTSCHAFTSPUBLIZISTISCHE VEREINIGUNG

Karl-Heinz Schwarz und Helmut Uebbing

Wirtschaftspublizistische Vereinigung e. V.

Der Vorstand der WPV dankt allen, die uns anläßlich des Jubliläums unterstützt haben:

Allianz-Versicherungs AG, München
Aral AG, Bochum
BASF AG, Ludwigshafen
Bundesverband deutscher Banken e. V., Köln
Daimler-Benz AG, Stuttgart
Deutsche Apotheker- und Ärztebank, Düsseldorf
Deutsche Babcock AG, Oberhausen
Deutsche Shell AG, Hamburg
Deutsche Telekom AG, Bonn
Dresdner Bauspar AG, Bad Vilbel
FAG Kugelfischer Georg Schäfer AG, Schweinfurt
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt / Main
Handelsblatt Verlagsgruppe GmbH, Düsseldorf
Henkel KGaA, Düsseldorf
IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Herbert J. Joka, Aachen
Karstadt AG, Essen
Paul Kellenbenz, Köln
Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp, Essen
MAN Gutehoffnungshütte, Oberhausen
Mannesmann AG, Düsseldorf
Dr. Alfred Plitzko, Essen
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf
RAG, Essen
Ruhrgas AG, Essen
Dr. Ulrich Scharfenorth, Düsseldorf
Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf
Steag AG, Essen
Thyssen AG, Düsseldorf
Veba AG, Düsseldorf
Verband Vereine Creditreform e. V., Neuss
Verband der Stahlexporteure «Düsseldorfer Kreis», Düsseldorf
Volkswagen AG, Wolfsburg
Vorwerk & Co, Wuppertal
West LB Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf
WGZ Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank e G, Düsseldorf
Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband, Münster
Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf

Inhalt

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zum 50jährigen Bestehen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung 6
Wolfgang Clement

Fünfzig Jahre WPV – fünfzig Jahre freie Presse 8
Dr. Ulrich Fritsch
Vorsitzender der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung

Zurück zu den Anfängen 18
Karl-Heinz Schwarz und Helmut Uebbing

Wirtschaft und Presse
Vortrag zum 40jährigen Bestehen der Wirtschafts-publizistischen Vereinigung am 23. Oktober 1989 54
Dr. Alfred Herrhausen

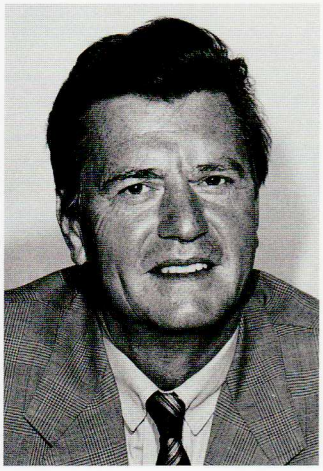
Anhang
WPV-Referenten Oktober 1974 bis Ende 1998 64
Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung e. V. 80

Wolfgang Clement

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zum 50jährigen Bestehen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung

Gemessen am öffentlichen Interesse hat Wirtschaftspolitik derzeit Konjunktur in einem Ausmaß, wie es schon lange nicht mehr der Fall war: Stichworte wie Globalisierung oder Euro und natürlich die Turbulenzen an den internationalen Aktienmärkten sorgen täglich für Schlagzeilen, und längst verfolgen nicht nur Fachleute, sondern breite Schichten der Bevölkerung aufmerksam die nationalen und internationalen Nachrichten, Analysen und Kommentare aus der Welt der Wirtschaft. Für Wirtschaftsjournalisten kann das nur von Vorteil sein. Verantwortliche aus der Politik und Wirtschaft pflegen und intensivieren den Kontakt zu ihnen. Die Wirtschaftspublizistische Vereinigung ist in diesem Zusammenhang zu einer wichtigen «Kontaktbörse» geworden, wie ein Blick auf die illustre Schar der Gäste und Referenten belegt, die sich in den vergangenen Jahren in Düsseldorf eingefunden haben. Ich gratuliere der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung herzlich zum 50jährigen Bestehen, danke allen Verantwortlichen für ihr dem Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Medien so förderliches Engagement und wünsche weiterhin viel Erfolg und großen Zuspruch.

Fünfzig Jahre WPV – fünfzig Jahre freie Presse



Blick in die Geschichte

Die Geschichte der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV) läßt uns befriedigt zurückblicken. Das Hauptziel unserer Vereinigung, der Meinungsaustausch mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, verbunden mit der Information über aktuelle wirtschaftliche Themen, ist in den meisten Veranstaltungen erreicht worden. Damit ist nichts über das Erlebnis gesagt, das Pressearbeit seit Ende der vierziger Jahre bis zum heutigen Tag bedeutete. Es gab Entwicklungen zum Guten wie zum Schlechten.

Pressefreiheit ist eine wichtige Säule freiheitlicher Rechtsordnung. Sie ist mit zunehmender Politikverdrossenheit und sogar Demokratieverdrossenheit konfrontiert und gewinnt gerade deshalb an Bedeutung. So muß man positive und negative Tendenzen auch in einer Chronik zum fünfzigjährigen Jubiläum einer Pressevereinigung aufzeigen. Auch kommt man nicht umhin, auf historische Entwicklungen zu verweisen. Denn Pressefreiheit ist schon oft angeordnet, aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit unterminiert worden.

So verabschiedete der Reichstag 1874 zwar das Reichspressegesetz, das die Pressefreiheit garantieren sollte, schuf sich aber zugleich ein Hintertürchen, um mit einfacher Mehrheit eben diese Pressefreiheit wieder einzuschränken. Von dieser Möglichkeit wurde vor allem Gebrauch gemacht, um den politischen Gegner in die Knie zu zwingen. Als großer Fortschritt galt es deshalb, daß in der Weimarer Republik die Pressefreiheit in den Grundrechtskatalog aufgenommen wurde. Allerdings konnte auch jetzt wieder durch allgemeine Gesetze die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden. Damit wurde nach und nach dieses Grundrecht ausgehöhlt.

Aber auch wirtschaftliche Unzulänglichkeiten machten einen großen Teil der Presse zu einer Marionette der Mächtigen aus Politik und Wirtschaft. Zunächst ging es nur um das Grundübel, nämlich über Anzeigen Einfluß auf Verlag und Redaktion auszuüben. Ferdinand Lassalle machte schon 1863 auf die Allianz von Presse und Geschäft aufmerksam, wobei er in seinen Reden vor dem Deutschen Arbeiterverein wegen des Anzeigengeschäfts, das, um lukrativ zu sein, hohe Abonnentenzahlen voraussetzt, eine Verflachung des Inhalts der Zeitungen beklagte: «Die europäische Presse war einst wirklicher Vor-

kämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft (...) Jetzt geht es aber nicht mehr darum, einer großen Idee zu huldigen und ihr zum Durchbruch zu verhelfen, sondern solchen Meinungen zu huldigen, welche, wie immer sie auch beschaffen sein mochten, der größten Anzahl von Zeitungskäufern und Abonnenten genehm ist.»

Dieses Phänomen war auch der Weimarer Republik nicht fremd. Noch schwerer aber wog, daß Industrielle sich Zeitungen gefügig machten, indem sie sich an Verlagen beteiligten. Hierunter litt zum Beispiel die angesehene Deutsche Allgemeine Zeitung. Beteiligungen können auch zu mächtigen Konglomeraten führen. So beherrschte der Hugenberg-Konzern wesentliche Teile der deutschen Presse und trug dazu bei, daß Meinungen gleichgeschaltet und der nationalsozialistischen Propaganda Tür und Tor geöffnet wurden.

Die Pressepolitik der NSDAP im Dritten Reich zählt zu den traurigsten Kapiteln im deutschen Journalismus. Die Presse wurde zum wichtigsten Instrument des Regimes zur Beeinflussung der Massen. In der Propaganda der östlichen Diktaturen war es während und nach dem Krieg nicht viel anders. Die Presse hatte sich der Parteilichkeit unterzuordnen; Zensur war an der Tagesordnung. Die DDR machte da keine Ausnahme, auch wenn die vielen Zeitungen rein optisch eine Pressevielfalt vortäuschten. Mit einer täglichen Gesamtauflage von fast zehn Millionen Exemplaren erschienen vor der Wende 1989 in der DDR 39 Tageszeitungen. Davon gab die SED allein 17 heraus. Gelegentlich gab es Ausnahmen von der Gleichschaltung, dann nämlich, wenn es dem Politbüro bei bestimmten Großereignissen um internationale Reputation ging. Dann durften auch westliche Journalisten einreisen und relativ ungeschminkt berichten. So hatte ich jahrelang für mehrere Rundfunkanstalten der ARD von der Leipziger Messe und von den Ostseewochen berichtet, bis dann auch meiner Berichterstattung eines Tages ein Riegel vorgeschoben wurde. Ich mußte über Nacht die DDR verlassen, um einer Festnahme zu entgehen.

Politik und Publizistik im Nachkriegsdeutschland

Die Presse der Bundesrepublik Deutschland ist freier und unabhängiger als jemals in ihrer Geschichte. Leider sind Freiheit und Qualität der Presse nicht selbstverständlich. Gegen Fehlentwicklungen sind wir nie ganz gefeit gewesen.

Wer sich im Nachkriegsdeutschland um unsere junge Demokratie bekümmerte, war auch ein begeisteter Verfechter der Meinungsfreiheit – manchmal leider nur dann, wenn die Kritik die anderen traf und man selbst verschont blieb. Ich mußte als junger Redakteur beim Rundfunk in den sechziger Jahren oft miterleben, daß sich nach kritischen Kommentaren Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Politiker beim Intendanten bitter beschwerten. Solche Interventionen hatten selten Erfolg. Aber es gab immer ein zähes Ringen, weil die Aufsichts- und Verwaltungsräte in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch nach politischen Gesichtspunkten besetzt wurden und diese Gremien die leitenden Angestellten nicht nur nach ihrer Qualifikation, sondern oft auch nach dem Parteibuch aussuchten und sich im Gegenzug ein gewisses politisches Wohlverhalten ausrechneten. Zum anderen taten sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schwer, die Medien als notwendige und eigenständige Säule der Demokratie anzuerkennen. Ermittlungen gegen den «Stern» und vor allem die «Spiegel-Affäre» 1962 waren Ausdruck des Spannungsverhältnisses zwischen Staat und Publizistik. Erst allmählich wurde erkannt, wie wichtig die Publizistik zur Kontrolle von Politik und Wirtschaft ist.

Mein früherer Kollege beim Rundfunk, Professor Harry Pross, urteilte über diesen Tatbestand wie folgt: Staatsapparat muß sein. Publizistik muß auch sein. Ihre sozialen Funktionen sind denkbar verschieden. Aber beide beruhen auf Übertragung. Die Staatlichkeit auf fixierter Repräsentation, die Publizistik auf plebiszitärem Mandat, das sich im ständigen Austauch mit dem Publikum erneuert.

Die politische Klasse und das Volk

Daß Politik auf fixierter Repräsentation beruht, ist in der Verfassung festgeschrieben, wobei die Väter des Grundgesetzes wegen unguter Weimarer Erfahrungen den unmittelbaren Einfluß des Volkes auf politsche Entscheidungen möglichst klein halten wollten. Muß diese, einst sicherlich berechigte Auffassung von eingeschränkter Demokratie nicht revidiert werden?

Das Wesen des demokratischen Staates liegt in zwei Prinzipien, für die Abraham Lincoln 1863 folgende Formulierung gefunden hat: «Regierung durch das Volk verlangt, daß die Bürger Einfluß auf die Politik haben, Regierung für das Volk, daß die Politik den Interessen der Bürger, und zwar möglichst aller Bürger gerecht wird».

Fragen wir also, welche Rechte das Volk, der eigentliche Souverän, in der Bundesrepublik hat. Das Volk kann wählen, aber es hat kaum die Möglichkeit, die Abgeordneten tatsächlich auszuwählen. Wer ins Parlament kommt, bestimmen parteiinterne Gremien. Zwar gibt es neben der starren Liste die Erststimme für die Wahl der Direktkandidaten. Doch wer hier aufgestellt wird, das bestimmt die Partei. Unterliegt der Auserwählte, dann kann er über die Landesliste immer noch in das Parlament kommen.

Selbst diesem politischen Procedere, so unbefriedigend es auch ist, könnte man noch einige gute Seiten abgewinnen. Dann nämlich, wenn in den Parteien die Mitglieder politisch zum Zuge kämen, wenn also von der Basis die eigentliche Macht ausgehen würde. Dies ist aber bei den meisten Parteien nicht der Fall. In starkem Maße gibt hier das politische Establishment vor, wo es langgehen soll. Eben darum sieht der mündige Bürger in einer Mitarbeit in der Partei keinen Sinn. Und er fragt sich weiter, ob er sich nicht wenigstens in den Programmen der Parteien wiederfindet.

Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf machte anläßlich eines Vortrags im Düsseldorfer Industrieclub Anfang 1998 am Beispiel Euro auf die «lebensgefährliche Spaltung» aufmerksam, die zwischen der Absicht der Politiker, die neue Währung so schnell wie möglich einzuführen, und den Sorgen der Menschen davor besteht. Sollten in wichtigen Fragen der Verfassung, bei gravierenden politischen Einzelfragen oder internationalen Verträgen, wie der Maastricht-Vertrag, nicht wie in anderen Ländern die Bürger befragt werden? Hier sprechen Staatsrechtler zurecht von einem «Partizipationsdefizit», weil der nominelle Souverän, das Volk, auf Bundesebene sich weder in Volksbefragungen, noch in Volksentscheiden artikulieren kann. Das Unbehagen potenziert sich noch wegen des zeitweiligen absoluten Stillstands in der Politik. Statt den Bürger unablässig aufzufordern, sich politisch zu engagieren, sollte über Verhältniswahlrecht, Bundesrat, Volksentscheide, Streitkultur in den Parteien, kurzum über Fragen nachgedacht werden, die es dem Bürger erst ermöglichen oder sinnvoll erscheinen lassen, sich stärker zu engagieren. Nur so dürfte es möglich sein, Protestwähler des linken und rechten Spektrums in den demokratischen Bereich zurückzuführen und die Demokratie selbst mit mehr Leben zu erfüllen.

Wird die Presse ihrer dominanten Rolle gerecht?

Angesichts solcher demokratischer Defizite sollte wenigstens die Presse ihr plebiszitäres Mandat gründlich und ohne fremde Einflüsse wahrnehmen können. Aber auch da hapert es. Hier sei nur auf zunehmende Kommerzialisierung und Pressekonzentration aufmerksam gemacht. So hat denn auch Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth im Mai 1998 anläßlich der Vergabe des Wächterpreises die Journalisten zur Wachsamkeit aufgerufen. Immer häufiger sei zu beobachten, daß «journalistisches Ethos von wirtschaftlichen Interessen überlagert wird». Eine verschärfte Konkurrenz um Marktanteile und Werbeeinnahmen dürfe nicht zu Lasten der Qualität und Seriosität des journalistischen Angebots gehen. Wie sagte Lassalle schon vor 130 Jahren: «Mit der Werbung und damit mit dem Geschäft ging es nicht mehr darum, für große Ideen zu streiten, sondern man wurde zu schnöden Augendienern der abonnierenden Bourgeoisie.» Heute geht es vielen Medien um die Gewinnung der Massen für das große Geschäft. Die Fernseh- und Hörfunkprogramme haben sich in den letzten Jahren vervielfacht, und auch auf dem Zeitschriftenmarkt tobt der Wettbewerb. Da sich der gesamte Etat für Werbung seit 1985 nur verdoppelt hat und vor allem die privaten Sender hiervon leben müssen, nimmt der Kampf um den Rezipienten zuweilen groteske Formen an. Nicht nur, daß die Programmankündigungen oder Überschriften in der Massenpresse immer spektakulärer und die Inhalte immer dünner oder auch dümmer werden: Zuweilen wird auch in die Trickkiste gegriffen. So hat ein Journalist Anfang der neunziger Jahre mehr als zwanzig Programmanbietern Filme angeboten, deren Inhalt frei erfunden und deren Inszenierung reißerischer nicht mehr sein konnte. Was an Unappetitlichkeiten aus den Präsidentensuiten via einer zügellosen Internet- und Fernsehberichterstattung über den großen Teich nach Europa schwappte, ist an Geschmacklosigkeit kaum noch zu überbieten. Wenn man auch den seriösen deutschen Medien, vor allem dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den Tages- und Wochenzeitungen und den politischen Magazinen eine ganz andere Qualität bescheinigen muß, so lassen sich auch hier zuweilen Veränderungen in Richtung «schneller und griffiger», aber nicht unbedingt «prägnanter und informativer» feststellen.

Wahrheit und Information als Medienqualität

Der Leser erwartet vom Wirtschaftsjournalisten vor allem die gründliche und verständliche Information, um sich in der immer komplexer und globaler ausnehmenden Wirtschaftswelt zurechtfinden zu können. Hauptsächlich aus diesem Grund wurde die WPV gegründet. Wir haben in unseren Veranstaltungen und in der Berichterstattung auf die gründliche Information, die übergeordnete Betrachtungsweise und auf Offenheit Wert gelegt und diese Anforderungen auch an unsere Referenten gestellt. Diesen Gedanken griff Alfred Herrhausen auf, als er anläßlich unseres vierzigjährigen Jubiläums an die Adresse der Wirtschaft gerichtet folgendes sagte:

«Unser kommunikatives Projekt ist der Sachverhalt. Ihn unverfälscht darzustellen, ihn nicht zu zerstören, bevor man ihn kommentiert, entspricht dem Freiheitspostulat, dem Ziel, den Konsumenten in den Stand zu setzen, inmitten der Medien seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Dies setzt aber auf unserer Seite – der Seite der Wirtschaft – im Verkehr mit den Medien, der Presse, eines voraus, nämlich Offenheit in des Wortes direkter Bedeutung. Wir müssen sagen, was ist, wir dürfen nicht verschweigen oder verdecken.»

In einem privaten Gespräch am Rande des Jubiläums vertiefte Herrhausen diesen Gedanken. Er räumte ein, daß die zunehmende Offenheit der Wirtschaft zum Teil ein Produkt des globalen Wettbewerbs ist. Was muß bei Neuemissionen in amerikanischen und in deutschen Prospekten stehen? Weshalb kam es zu einer gesetzlichen Insiderregelung? Was halten ausländische Investoren von dem Versteckspiel in den Bilanzen?

In diesem Gespräch kritisierte Herrhausen allerdings auch den Sachverstand vieler Wirtschafts- und Finanzjournalisten und schlug vor, eine Art Akademie für die permanente Fortbildung von Fachjournalisten zu gründen. Dies waren freilich nur Gedanken. Als sein Brief mit der Anregung, diesen Meinungsaustausch bald fortzusetzen, bei mir eintraf, lief die Schreckensmeldung von seiner Ermordung über den Ticker.

Offene Gedanken in den Veranstaltungen der WPV

Information, Offenheit und Perspektive haben die meisten Veranstaltungen der WPV geprägt. Nicht selten haben die Referenten dieses Forum genutzt, um abseits von Pressekonferenzen, die in der Regel unternehmensspezifische Themen behandeln, wichtige übergeord-

nete betriebswirtschaftliche oder volkswirtschaftliche Zusammenhänge einer größeren Öffentlichkeit zu vermitteln. So erläuterten einige Referenten vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, wie sehr sie daran interessiert sind, die weitaus prägnanteren und offeneren amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften anzuwenden.

Mit gleicher Offenheit verdeutlichte Detlef Rohwedder vor den Mitgliedern der WPV seine Überlegungen zu einer schrittweisen wirtschaftlichen Annäherung der beiden damals noch nicht wiedervereinigten deutschen Staaten. Er teilte mit vielen Wirtschaftsexperten die Sorge, daß eine bei der DDR-Bevölkerung so populäre Währungsunion die marode Wirtschaft über Nacht schockartig dem internationalen Wettbewerb aussetzen und damit vor schier unlösbare Probleme stellen müßte. Eine vorsichtige Annäherung an die D-Mark, wie wir es über Jahrzehnte beim DM/Dollarkurs erlebten, würde nicht nur Arbeitsplätze sichern, sondern die Betriebe allmählich an westliche Standards heranführen. Auch Otto Pöhl äußerte aus Sicht der Bundesbank ähnliche Gedanken und fand allerdings, wie auch Rohwedder, weder bei Kohl noch bei Waigel Zustimmung. Auch bei den Vorbereitungen zur Einführung des Euro gab es die unterschiedlichsten Auffassungen. Dieses Thema zog sich in jüngerer Zeit durch fast alle Veranstaltungen der WPV. Die meisten Referenten mahnten auch hier ein behutsameres Vorgehen an und warnten vor den Folgen einer nicht bis ins Detail durchdachten langfristigen Euro-Strategie.

Als Rohwedder Präsident der Treuhand wurde, mußte er sein Programm im Eiltempo durchziehen und fand kaum Zeit, auch einmal über Strategien zur Integration der Bevölkerung Mitteldeutschlands in einer auf Privatkapital beruhenden Wirtschaftsordnung nachzudenken. Es ging darum, Fehler zu vermeiden, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik gemacht wurden und dazu führten, daß sich das Produktivkapital in den Händen weniger konzentrierte. Als ich ihn in Berlin besuchte und Modelle vorstellte, die von Vorstandsmitgliedern großer Aktiengesellschaften abgesegnet waren, lief ich bei ihm offene Türen ein. Dies sei an dieser Stelle nur erwähnt, weil just zu dieser Zeit Rohwedder von einem Teil der deutschen Presse verunglimpft und als Großinquisitor des Kapitals dargestellt wurde. Er freute sich deshalb besonders auf den nächsten Besuch bei der WPV, weil er hier, wie er sich ausdrückte, immer ein Höchstmaß an journalistischer Fairness und Objektivität vorfand. Zwei Tage, bevor er uns besuchen wollte, wurde er ermordet.

Als die WPV vierzig Jahre alt wurde: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau und der Vorsitzende der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, Dr. Ulrich Fritsch, in gelöster Stimmung auf der Jubiläumsfeier

In dieser Chronik werden viele weitere Begegnungen mit interesssanten Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft geschildert, so daß ich abschließend nur noch zwei Themen streifen möchte, die in den Veranstaltungen der WPV öfters behandelt wurden und die uns bis in das nächste Jahrtausend beschäftigen werden: Die Globalisierung der Märkte und die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Was die Bewältigung der Arbeitslosigkeit betrifft, so kann nach Auffassung der Referenten dieses Problem nicht von der Wirtschaft allein, sondern nur mit Unterstützung der Politik gelöst werden, und zwar unter folgenden Voraussetzungen: Erstens sei eine Bereitschaft zum Strukturwandel erforderlich. Eine Schlüsselfunktion komme hierbei den wissensbasierten Technologien zu. Zweitens bräuchten wir einen Qualifizierungsschub im deutschen Bildungswesen. Und drittens müsse die Wirtschafts- und Finanzpolitik endlich ihren überfälligen Beitrag zur Überwindung der Investionsschwäche im Inland leisten. Dazu gehöre eine grundlegende Steuerreform sowie die deutliche Absenkung der auf den Arbeitskosten lastenden Sozialabgaben. Viele Gäste verlangten auch, die Tarifverträge wesentlich flexibler zu gestalten und betrieblichen Vereinbarungen mehr Gewicht zu verleihen.

Was die Globalisierung betrifft, so ist bekanntlich die Euphorie über den weltweiten Siegeszug der Marktwirschaft einer globalen Ernüchterung gewichen. Die desolate Lage in Rußland, die Unruhen in Asien, beängstigende Entwicklungen auf den Finanzmärkten – diese Themen drängten sich bei der WPV in den Vordergrund.

Die Leser, Hörer und Zuschauer erwarten Antworten auf die vielen Fragen – besonders von kompetenten Journalisten und Publi-

zisten. Fünfzig Jahre Wirtschaftspublizistische Vereinigung: Wir brauchten sie und brauchen sie auch in Zukunft.

Ich möchte an dieser Stelle an meine Vorgänger denken und den Vorstandsmitgliedern und den Autoren dieser Chronik herzlich für ihre Mitarbeit danken.

Zurück zu den Anfängen

Zurück zu den Anfängen

Die Geschichte, die hier erzählt wird, begann vor fünfzig Jahren. Was Deutschland und die Welt in diesem halben Jahrhundert erlebt haben, entzieht sich beinahe dem Begreifen: Der Untergang des Deutschen Reiches, die Gründung zweier deutscher Staaten, Reparationen und Demontagen, Millionenheere von Flüchtlingen und Heimkehrern, das «Wirtschaftswunder» nach der Währungsreform, der Mauerbau in Berlin, der Kalte Krieg, Studentenrevolte, Konzertierte Aktion, Kohlenkrise, internationale Energiekrise, Stahlkrise, Globalisierung und Arbeitslosigkeit, der Zusammenbruch des Sowjetimperiums und die Wiedervereinigung Deutschlands, die Währungsunion und die Welt der wahrlich grenzenlosen Kommunikation. Von einem einstmals bis zur Unkenntlichkeit zerrissenen und zertrümmerten Kontinent bis zu einem Europa fast ohne Grenzen und mit nur noch einer Währung wird die Rede sein.

Eingebettet in dieses Geschehen ist die Geschichte eines Vereins, in dem mehr als einhundert Wirtschaftspublizisten zu Hause sind. Es ist die Wirtschaftspublizistische Vereinigung (WPV). Viele Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Technik, Finanzwelt und öffentlichem Leben kamen im Laufe der Jahrzehnte als Gäste zur WPV. Nicht selten forderten sie die Journalisten zu kontroversen, zugleich aber fruchtbaren Diskussionen heraus. Wer auch immer Gast dieses Vereins war: Er repräsentierte stets ein Stück Politik- oder Wirtschaftsgeschichte.

Nach ihrer Gründung im Jahre 1949 hatte die WPV ihren Sitz zunächst in Essen, später in Düsseldorf. Es ist eine Region, die bis auf den heutigen Tag geprägt ist von Industrie und Handel, Mode und Handwerk, Kunst und Kultur. Die modernen Medien jeglicher Art haben sich ebenso etabliert wie die faszinierende Informatik-Technologie.

Kohle und Stahl waren die beiden Hauptpfeiler, die das neu heranwachsende Wirtschaftsleben, das Leben der Überlebenden im Westen Deutschlands, zu tragen hatten. Sie sind es längst nicht mehr. Vom Land der Fördertürme und Hochöfen führt der Weg zu neuem Wachstum im Land zwischen Rhein und Elbe, Nordsee und Alpen. Aus Ruinen wurden moderne Städte und Dörfer. Jedermann packte mit an, wo es etwas zu tun galt. Und kaum jemand zögerte, über

seine kriegs- und nachkriegsbedingte Armut, über seine tiefe Trauer um die verlorenen Männer und Söhne, Mütter und Töchter hinauszuwachsen in eine bescheidene, mit der Zeit aber zunehmende Normalität. Nach der Währungsreform und nach der Gründung der Bundesrepublik – noch von alliierten Gnaden – wurde bald der Kurs der deutschen Wirtschaft erkennbar. Die Regierung Konrad Adenauer und ihr Chefökonom Ludwig Erhard markierten, von vielen Seiten zunächst heftig angefochten, den Weg in die Marktwirtschaft. Das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder nahm seinen Lauf.

Da spannt sich der Bogen bis zur Wiedererlangung der deutschen Einheit, die 1989, nach mehr als vierzigjähriger Trennung, auf den Straßen ostdeutscher Städte gefordert und durchgesetzt wurde.

Und zehn Jahre später, im Jahre des Euro, der künftigen gemeinsamen Währung, soll nun die Geschichte eines Vereins von lauter Individualisten geschrieben werden. Stoff gibt es genug, wie die Hinweise auf all die verwirrenden Ereignisse zeigen. Und geschichtsträchtig war die Zeit der Vereinsgründung. Am 31. Mai 1949 wurde die Vereinigung ins Leben gerufen; am 9. Mai hatte der «Parlamentarische Rat» das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Der Bonner Journalist Walter Henkels erinnerte sich an diese Stunde. Er schilderte, wie von 65 Abgeordneten 53 für die Verfassung stimmten, nämlich Politiker der SPD, CDU und FDP, gegen einen Teil der CSU, die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Partei und der Kommunisten. In den ersten Deutschen Bundestag zog die CDU mit 139 Sitzen, die SPD mit 131, die FDP mit 52, die Bayernpartei und die Deutsche Partei mit jeweils 17 und die Kommunistische Partei immerhin mit 15 Sitzen. Da gab es neben einigen kleineren Parteien, die längst vergessen sind, noch das Zentrum, das zehn Abgeordnete im ersten Deutschen Bundestag hatte. Adenauers Partei übernahm die Führung in Bonn; sein Widerpart war der Sozialdemokrat Kurt Schumacher.

Bescheidene Zahlen

Was waren das noch für bescheidene Zahlen, über die die Abgeordneten abzustimmen hatten! Der ordentliche Bundeshaushalt für 1951 belief sich auf 13,4 Milliarden DM. Siebenundvierzig Jahre später waren es mehr als 460 Milliarden DM. Damals, im Jahre 1951, beanspruchten die Kriegsfolgelasten allein 4,03 Milliarden DM, die Besatzungskosten und ähnliche Aufwendungen 4,6 Milliarden und

allein die Berlin-Hilfe 0,61 Milliarden. Nicht zu vergessen die Arbeitslosenhilfe. Sie erforderte immerhin 7,4 Prozent des Bundeshaushalts. Wie gern hätte der heutige Finanzminister die Zeit zurück, da die Verzinsung und Tilgung der Bundesschuld noch 360 Millionen DM in Anspruch nahm. Ende der neunziger Jahre waren es fast 90 Milliarden.

Das offizielle Bonn gab in seiner Statistik die Investitionen in Westdeutschland seit der Währungsreform von 1948 mit rund 57 Milliarden DM an. Für ein Kilogramm Butter mußte der Durchschnittsarbeiter noch vier Stunden arbeiten, weit mehr als in den meisten anderen Ländern. Für Wirtschaftsjournalisten waren das damals durchaus wichtige Zahlen; heute interessieren niemanden die paar Minuten, die ein Facharbeiter für den Kauf eines Kilogramms Butter arbeiten muß.

Im Jahre 1952 lief die Marshallplanhilfe für Europa aus. Die zu niedrigen Zinsen ausgeliehenen Mittel wurden später nach Rückzahlung durch die Kreditnehmer über die Kreditanstalt für Wiederaufbau weiter verwandt. In diesem Jahr trat auch der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Montanunion, in Kraft. Der Nordwestdeutsche Rundfunk nahm seine ersten Fernseh-Sendungen auf. Ein Jahr später, im Juni 1953, schlugen sowjetische Panzer den durch die Demonstrationen wütender Bauarbeiter ausgelösten Aufstand der Werktätigen in der DDR nieder. Die westdeutschen Arbeiter hatten keinen Kummer mit Normen, wie sie ihren Kollegen in der DDR aufgezwungen wurden. Aber sie arbeiteten – damals noch – länger als ihre Kollegen in anderen Ländern Europas, nämlich durchschnittlich 48,6 Stunden in der Woche, verglichen mit 46,3 Stunden in Großbritannien und 44,5 Stunden in Frankreich. Später sollten sich die Relationen radikal umkehren.

In der weiten Welt herrschte der Kalte Krieg. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Norwegen und die Niederlande verließen den Weltgewerkschaftsbund, den sie für kommunistisch beherrscht hielten und der damit die Hälfte seiner Mitglieder verlor. Im Fernen Osten eroberte die kommunistische Volksarmee unter Mao Tse-tung ganz China, und die Regierung Tschiang Kai-scheks floh nach Formosa (heute Taiwan). Für Journalisten waren das aufregende Zeiten, zumal da man immer wieder Neues hinzulernen und ständig improvisieren mußte.

Die erste Wirtschafts-Zeitung

Die ersten Zeitungen konnten nur mit Lizenzen der Militärregierung gegründet werden. Zuständig für Nordrhein-Westfalen war die britische Militärregierung. Karl-Heinrich Herchenröder, in den fünfziger und sechziger Jahren erster stellvertretender Vorsitzender und später Vorsitzender der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, erzählte wenige Monate vor seinem Tode, wie es vor mehr als 50 Jahren zur ersten Wirtschaftszeitung in Deutschland kam.

Der «gute Geist» der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung: Karl-Heinrich Herchenröder war lange Jahre hindurch Vorsitzender und bis zu seinem Tod 1989 Ehrenvorsitzender. Er vermittelte erfolgreich zwischen den Generationen und zwischen Wirtschaft und Presse.

Es war im Frühjahr 1946, erinnerte sich Herchenröder. Er besuchte damals in Düsseldorf seinen alten Freund und Kollegen Dr. Friedrich Vogel. Auch Vogel wurde übrigens, nach Gründung der WPV, Mitglied der Vereinigung. Vogel erzählte Herchenröder, daß der bekannte Wirtschaftspublizist Dr. Herbert Groß von der Britischen Militärregierung die Lizenz zur Herausgabe einer Wirtschaftszeitung erhalten habe. Das Blatt sollte «Handelsblatt – Deutsche Wirtschafts-Zeitung» heißen; Vogel sollte Chefredakteur werden, und er gewann Herchenröder für die Redaktion.

Das Handelsblatt war die erste reine Wirtschaftszeitung in Deutschland, die nach dem Krieg gegründet wurde. In der Vorkriegs- und Kriegszeit hatte es die «Deutsche Bergwerks-Zeitung» gegeben,

ein Blatt, das, wie der Name verriet, der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr nahestand. Einige Wirtschaftsjournalisten der allerersten Nachkriegszeit, unter ihnen auch Friedrich Vogel, stammten aus der Redaktion der Bergwerks-Zeitung.

Am 16. Mai 1946 erschien das Handelsblatt zum ersten Mal. Einmal in der Woche wurde es gedruckt, mit nur acht Seiten Umfang, ohne jede Anzeige. Die Auflage betrug 10 000. Papier war genau so knapp wie alles andere. Man mußte «Beziehungen» haben, wissen, wann und wo es Papier gab. Der erbärmliche Mangel ging bis in die Kleinigkeiten. Bleistifte waren Mangelware, Schreibpapier auch. Selbst an Tinte fehlte es oft; der Kugelschreiber war in den ersten Nachkriegsjahren noch etwas Unbekanntes. Ein Dutzend Leute machte das Handelsblatt, einschließlich Verlagsleiter, Sekretärinnen und Redakteuren. Das Düsseldorfer Pressehaus am Martin-Luther-Platz hatte im Krieg unter den Bomben stark gelitten. Daß an den Treppen die Geländer fehlten, wurde noch als kleiner Schönheitsfehler empfunden. Daß zunächst auch der Fahrstuhl noch nicht funktionierte, galt beinahe schon als selbstverständlich. Geheizt wurde mit einem Kanonenofen, dessen Rohr zum Fenster hinausragte.

Ähnliche Erfahrungen machten die Journalisten, die ab Frühjahr 1947 unter Leitung von Hugo Wrietzner und Erich Becker für die «Westdeutsche Wirtschafts-Korrespondenz» schrieben, die ein Jahr später in «Industriekurier» umgetauft wurde. Auch der Industriekurier war eine Wirtschaftszeitung, auch seine Redakteure stammten vorwiegend aus der Deutschen Bergwerks-Zeitung und wurden Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung. Als weitere reine Wirtschaftszeitung ist seit ihrer Gründung im Jahre 1952 die in Frankfurt verlegte Börsen-Zeitung mit ihrer Rhein-Ruhr-Redaktion in Düsseldorf vertreten. Im gleichen Jahr nahm die Rhein-Ruhr-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Düsseldorf die Arbeit auf. Auch andere überregionale Zeitungen, wie die Süddeutsche Zeitung, die Welt und die Stuttgarter Zeitung, bemühten sich mit eigenen Redaktionen um eine intensive Wirtschaftsberichterstattung aus Westdeutschland. Später durfte das Handelsblatt zweimal in der Woche erscheinen. Die Auflage war bald nicht mehr begrenzt; man robbte sich langsam, aber sicher vorwärts zum dreimaligen Erscheinen. Bis dann eines späteren Tages der große Schritt gewagt wurde zum börsentäglichen Erscheinen. Das bedeutete: fünfmal in der Woche, von Montag bis Freitag.

Aufgaben einer Wirtschaftszeitung

Was Vogel und Herchenröder als Grundsätze ihrer Zeitung deklarierten, galt auch für die anderen Blätter, deren Journalisten im Jahre 1949 Mitglieder der WPV wurden: Eine Zeitung ist für die Verantwortlichen nicht dazu da, Sprachrohr politischer Weltverbesserer zu sein. Aufklären will sie, informieren, deutlich machen, will durch Analyse zu erkennen geben, wie es um wirtschaftliche und finanzpolitische Vorgänge in diesem Land, in Europa und in der Welt steht. Will anregen, Schlüsse ziehen aus all dem vielfältigen Geschehen in den Finanz-, Wirtschafts- und Politik-Metropolen auf dem Erdball. Daran hat sich nichts geändert, wenn man davon absieht, daß sich auf der Welt vieles, ja – von der Warte der Jahrhundertmitte aus – fast alles geändert hat. Im Verlauf der Jahre mußten deshalb auch Wirtschaft, Finanzen und Politik von völlig neuen Positionen aus betrachtet werden.

Journalisten mußten umlernen

Damals, wenige Jahre nach dem Kriegsende, mußten alle Wirtschaftsjournalisten umlernen. Am 20. Juni 1948 wurde die durch Hitler-Diktatur und Krieg zerstörte Reichsmark umgetauscht in die neue «Deutsche Mark». Plötzlich kehrten monetäre Instrumente in den westdeutschen Wirtschaftsalltag zurück, die den meisten, vor allem den jüngeren Journalisten nicht mehr geläufig waren. Da gab es auf einmal wieder den Wechsel als Finanzierungsinstrument, den Scheck als Zahlungsmittel, den Wechseldiskont, den Lombardkredit. Die Bank Deutscher Länder, Vorgängerin der Deutschen Bundesbank, baute ihre geldmarktpolitischen Instrumente aus. Für die Journalisten galt es, hinzuzulernen, dies alles zu begreifen, einzuordnen in die tägliche Arbeit. Auf gewisse Weise hatten es die Journalisten, die damals als junge Leute in den Beruf kamen, leichter als mancher, der zehn oder zwanzig Jahre später in eine Redaktion eintrat. Denn sie lernten die Wirtschaft und ihre Regeln gleichsam «ab ovo», aus dem Entstehen her kennen.

Wie alles begann

Die Gründer der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung beriefen sich auf eine Vorgängerin, nämlich die «Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Wirtschaftsschriftleiter», die im Jahre 1939 gegründet worden war. Gerhard Gebhardt, Wirtschaftskorrespondent der Fach-

zeitschrift «Glückauf» in Essen, erklärte in einer Festschrift zum zehnjährigen Bestehen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung im Jahre 1959, die unter dem Dach der «Arbeitsgemeinschaft» von 1939 mögliche bescheidene Form der Selbstverwaltung, die kollegialen Zusammenkünfte, die Fühlungnahme und Aussprache mit Männern der praktischen Wirtschaft, die Besichtigungen und Studienfahrten hätten manchem Wirtschaftsjournalisten in der damaligen Zeit der Nazi-Herrschaft über vieles hinweggeholfen und denen, die aus anderen Gründen isoliert waren, eine unverfängliche Plattform des Gesprächs geboten.

Er setzte Maßstäbe: Fritz Pudor übernahm mit der Gründung der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung den Vorsitz und erarbeitete mit dem Vorstand die heute noch geltende Satzung der Vereinigung.

Gründer der Vereinigung von 1939 war Dr. Fritz Pudor, der längere Zeit hindurch die Pressestelle der Gruppe Nordwest in der «Reichsvereinigung Eisen», der Vorgängerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, leitete. Pudor habe es damals verstanden, eine Lücke in den Satzungen des Reichsverbandes der Deutschen Presse geschickt auszunutzen und einflußreiche Stellen für seinen Plan zu gewinnen, meinte Gebhardt. Folgt man den Worten Gebhardts von den kollegialen Zusammenkünften, der Fühlungnahme und Aussprache mit Männern der Wirtschaft, von den Besichtigungen und Studienfahrten,

dann war in der Tätigkeit jener «Arbeitsgemeinschaft» schon vieles von dem vorgezeichnet, was die WPV seit fünf Jahrzehnten tut.

Und nun zur Gründung selbst: Die ersten Sieben waren am 1. April 1949 in einem kleinen, wie durch ein Wunder von den Bomben verschonten Restaurant gegenüber den Trümmern der Industrie- und Handelskammer zu Essen zusammengekommen. Am 31. Mai folgte in Kettwig die eigentliche Gründungsversammlung, «die bereits mit einer ersten beruflichen Veranstaltung verbunden war», wie Gerhard Gebhardt berichtet. Da bis zum 31. Mai zu den ersten sieben noch weitere achtzehn Journalisten hinzugekommen waren, gehörten nun der Vereinigung schon 25 Journalisten an. Das heißt aber auch: Neben den Redakteuren reiner Wirtschaftszeitungen waren auch die Wirtschaftsredakteure zahlreicher Tageszeitungen in der Geburts-

Wo die Wirtschaftspublizistische Vereinigung 1949 gegründet wurde: Die Stadt Essen war in den ersten Jahren Sitz der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung; dann ging man nach Düsseldorf. Zu Beginn der fünfziger Jahre, als dieses Bild entstand, war Essen noch die Metropole des Steinkohlenbergbaus. Heute arbeitet dort keine Zeche mehr. Doch der auf dem Bilde so gemütlich anmutende Verkehr hat einer wilden Hektik Platz gemacht.

stunde der WPV dabei. Sie alle versprachen sich von der WPV die Chance, unmittelbar mit den Führungskräften der Wirtschaft sprechen zu können.

Wirtschaftsredakteur Dr. Heinrich Berns leitete die Gründungsversammlung, die Aufgaben und Statuten der Vereinigung im Grundsatz festlegte und den Vorsitzenden und seine beiden Stellvertreter einstimmig wählte: Dr. Fritz Pudor (Essen) sowie Dr. Heinrich Berns (Dortmund) und Karl-Heinrich Herchenröder (Düsseldorf), der später für viele Jahre den Vorsitz der WPV übernahm und bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender war. Nach dem Tode von Heinrich Berns am 1. März 1955 wurde Dr. Gerhard-Joseph Saal (Düsseldorf) einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Schriftführer war Dr. Bernd Huffschmid (Büderich bei Düsseldorf), Kassenwart Gerhard Gebhardt. Der ehrenamtliche Geschäftsführer war Dr. Carl Wilhelms.

Der Zweck der Vereinigung lautete, wie Gebhardt 1959 schreibt: «Die am 1. April 1949 gegründete Wirtschaftspublizistische Vereinigung e. V. will in der Förderung beruflicher Erkenntnisse und in der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls an die von der ‹Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Wirtschaftsschriftleiter› unternommenen Bestrebungen anknüpfen. War die ‹Arbeitsgemeinschaft› zu ihrer Zeit überhaupt nur als bezirklicher Fachverband des damaligen Reichsverbandes der deutschen Presse möglich, so ist diese Begrenzung nunmehr fortgefallen, und es ist auch in keiner Weise beabsichtigt, mit der jetzt bestehenden journalistischen Berufsorganisation in einen Wettbewerb zu treten.»

Im Vorstandsbeschluß heißt es: «Für die Mitgliedschaft der Vereinigung kommen Wirtschaftspublizisten der verschiedensten Art in Frage, also nicht nur Wirtschaftsschriftleiter, Handelsredakteure und Wirtschaftskorrespondenten von Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch Wirtschaftsschriftsteller, ferner Verfasser, Herausgeber oder Bearbeiter von Wirtschaftsbüchern und solche Leiter wirtschaftlicher Informations- und Pressestellen und Pressereferenten, die sich früher publizistisch betätigt haben und ihre Aufgabe vor allem darin erblicken, eine verständnisvolle Brücke zwischen Wirtschaft und Wirtschaftspublizistik zu schlagen. Sollte ein Wirtschaftspublizist gleichzeitig als Verleger oder in einer hauptberuflichen Tätigkeit in der Wirtschaft arbeiten, so gilt das nicht unbedingt als Hinderungsgrund für die Aufnahme in die Vereinigung.» Schon damals also konnten Leiter von Pressestellen Mitglieder des Vereins werden. Das ist in den folgenden Jahrzehnten auch so geblieben. Nur muß sich der Vorstand des Vereins immer wieder mit der Frage befassen, welches Zahlenverhältnis in der Mitgliedschaft zwischen den «eigentlichen» Wirtschaftsjournalisten und den Pressestellen-Leitern bestehen soll. Letztere sollen auf keinen Fall in der Überzahl sein.

Nur zwei Redakteurinnen

Wenn die Mitgliederzahl bis zum April 1952 auf 45 angewachsen war und 1959, zehn Jahre nach der Gründung, «trotz verschiedener Aufnahmesperren» mehr als 70 erreicht hatte, so spiegelt sich darin das Bedürfnis nach einer solchen Vereinigung wider. Als Zeichen der damaligen Zeit mag man es werten, daß die WPV 1959 erst zwei weibliche Mitglieder hatte. Vierzig Jahre später, im Jahre 1998, waren es 16 Damen bei insgesamt gut hundert Mitgliedern.

Die Vereinigung wirbt in der Regel nicht um Mitglieder. Gebhardt schrieb: «Wer ihr beizutreten wünscht, richtet ein entsprechendes Gesuch an den Vorsitzenden; über die Aufnahme entscheidet dann der Vorstand. Dem kollegialen Charakter der Vereinigung entsprechend, legt sie besonderen Wert auf die Persönlichkeit und eine echte Verwurzelung ihrer Mitglieder im Beruf, weil nur dadurch Kollegialität und gegenseitiges Vertrauen verbürgt werden. Daß bei der Auslese der Mitglieder politische oder gesellschaftliche, wirtschaftliche oder wettbewerbliche Gesichtspunkte keine Rolle spielen, ist so selbstverständlich, wie es in der Vereinigung auch keine uniforme Meinungsbildung gibt und die berufliche und persönliche Freiheit unantastbar sind. Gegenseitiges Vertrauen und die Wahrung der Vertraulichkeit, die gerade in diesem Berufsstand so oft vonnöten sind, gelten dagegen als unabdingbar.»

In der Aufnahmebestätigung jedes neuen Mitgliedes hieß es deshalb: «Mit Ihrer Aufnahme in unsere Vereinigung erkennen Sie an, daß oberste Richtlinie für das Handeln unserer Mitglieder die Ehrenauffassung unseres Berufsstandes ist und daß unkollegiales Verhalten die Mitgliedschaft ausschließt. Wir möchten in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß unsere Vereinigung nach ihren Satzungen eine kollegiale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der beruflichen Kenntnisse und der kameradschaftlichen Zusammengehörigkeit ist. Auch wenn die Förderung der beruflichen Kenntnisse das Ziel unserer Vereinigung ist, so wird dadurch die publizistische Auswertung nicht ausgeschlossen, wohl aber einem höheren Zweck untergeordnet. Die Wahrung unbedingter Vertraulichkeit aller als vertraulich bezeichneten Angaben ist allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht. Die Vertiefung des Zusammengehörigkeitsgefühls unserer Mitglieder verlangt eine aktive Mitgliedschaft, die sich nicht in der Zahlung des Mitgliedsbeitrages erschöpft. Daraus erwächst die Verpflichtung, sich auch dann an unseren Veranstaltungen nach Möglichkeit zu beteiligen, wenn sich für das einzelne Mitglied nicht unbedingt neue Informationen ergeben.» Das waren strenge Grundsätze, die in der Realität des Vereinslebens nur unvollkommen verwirklicht werden können, da das Ringen mit der knappen Zeit angesichts zahlreicher Gespräche, Pressekonferenzen und Hauptversammlungen zum Alltagsleben der Wirtschaftsjournalisten gehört.

Kohle, Kunst und Krise

Kohle war in den ersten Nachkriegsjahren die Mangelware Nummer Eins. Bergleute wurden gehätschelt mit Sonderrationen, damit sie Kohle förderten, die nicht einmal so sehr für die Öfen des Ruhrgebiets als vielmehr für Lieferungen in die westlichen Nachbarländer bestimmt war. Kohle aber war nicht nur für Hochöfen und Kraftwerke notwendig, sondern auch für die Heizungen in Verwaltungen, in Wohnhäusern und – in Theatern. Es gab Theater, die ihre Eintrittskarten nicht gegen wertlose Reichsmark, sondern nur gegen Briketts abgaben. Damals bildete sich eine einmalige Kooperation: Bedeutende Hamburger Schauspielerinnen und Schauspieler begründeten mit kulturbegeisterten Persönlichkeiten aus Nordrhein-Westfalen und mit der Industriegewerkschaft Bergbau die «Ruhrfestspiele» in Recklinghausen: Bergarbeiter sorgten mit Steinkohle von der Ruhr dafür, daß in hansestädtischen Theatern geheizt werden konnte; Künstler von der Elbe brachten den Bergleuten und ihren Angehörigen große Schauspielkunst als Gegenleistung ins Revier. Die Ruhrfestspiele wurden eine feste Einrichtung, die über Jahrzehnte hinweg Altes und Neues vermittelt hat.

Die Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung fanden in diesem Zusammenhang schon in den ersten Jahren der Vereinigung Gesprächspartner aus dem Revier und aus Hamburg: Bergassessor a. D. Alfred Wimmelmann, Vorstandsvorsitzender des Steinkohlenbergbauvereins, sprach mit ihnen ebenso wie Kurt Sieveking, Bürgermeister der Stadt Hamburg, der Hamburger Bürgermeister Theodor Stecker, der Hafensenator Ernst Plate und Ernst Wolf Mommsen, Vorstandsmitglied der Rheinischen Röhrenwerke AG, Mülheim/Ruhr, der sich besonders intensiv mit dem Austausch Kohle/Kultur beschäftigte.

Acht Jahre nach der Bildung des neuen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, bekanntgegeben mit der Verordnung Nr. 46 der Britischen Militärregierung am 23. August 1946 in Düsseldorf, erreichte – Ende 1954 – die Steinkohlenförderung in Westdeutschland gut 217,5 Millionen Tonnen. Man muß sich in Erinnerung rufen, daß der Steinkohlenbergbau heute um eine Jahresförderung von 50 bis 60 Millionen Tonnen ringt. Dann wird der Umbruch deutlich, der seitdem eingetreten ist. Damals freilich reichte die Förderung von 217 Millionen Tonnen bei weitem nicht aus. Es fehlten 17 000 Bergarbeiter, und 13 Millionen Tonnen mußten importiert werden.

Die junge Demokratie

Ob gute oder schlechte Zeiten, trübe oder lichte Tage – der Fortschritt erhielt seine Konturen, und die Zukunft würde sich – das wurde immer deutlicher – als herausfordernd hart erweisen. Die zahlreichen Gäste der WPV schilderten den Stand der Technik und des Wandels, der den Menschen viel abverlangen werde. Die Namen der Persönlichkeiten, die in den fünf Jahrzehnten zu uns kamen und mit uns diskutierten, veröffentlichen wir im Anhang dieses Buches.

Die Interessen der WPV-Mitglieder waren breit gestreut und erschöpften sich keineswegs nur in der Auseinandersetzung mit den rheinisch-westfälischen Wirtschaftsthemen. Die Probleme der geteilten alten deutschen Hauptstadt Berlin wurden von den Wirtschaftspublizisten an Ort und Stelle ebenso aufmerksam registriert wie Fragen der Schiffahrt und des Überseehandels in der traditionsreichen Freien und Hansestadt Hamburg. Jenseits der Grenzen wurden sie, zum Beispiel in Den Haag und Ijmuiden, erstmals von führenden niederländischen Kaufleuten und Ingenieuren mit dem Wirtschaftsleben des Nachbarlandes vertraut gemacht. Es liegt auf der Hand, daß später Brüssel als Sitz der Europäischen Kommission wiederholt das Ziel von Besuchen der WPV war.

Gerhard Gebhardt stellte zu recht fest, daß der Publizist, dessen Beruf es sei, ständig aus sich selbst zu schöpfen, ein stärkeres Bedürfnis als die meisten Menschen habe, sich von Zeit zu Zeit wieder «aufzuladen». Es gehe ihm nicht nur um die aktuelle Unterrichtung, sondern er bedürfe auch des Grund- und Hintergrundmaterials, das ihn erst befähige, die Dinge im Zusammenhang zu werten und zu einem wirklichen Urteil zu kommen. Dazu diene ihm nicht zuletzt das schöpferische Gespräch im besten Goetheschen Sinne, sei es im Kollegenkreis oder mit den Männern, die die Wirtschaft gestalten. Nach Gebhardts Erkenntnis ist das Arbeitsfeld des Journalisten, selbst wenn er Fachmann für ein Spezialgebiet sein sollte, so vielseitig, daß es niemals völlig auszuschöpfen ist. Zugleich sei das wirtschaftliche Leben selbst in ständiger Bewegung und Entwicklung begriffen, so daß der Wirtschaftspublizist niemals auch nur einen Augenblick auf dem einmal erworbenen Wissen ausruhen könne.

Gebhardt erinnert auch an ein Faktum, von dem Führungskräfte der Wirtschaft seit langem profitieren: Für die Gesprächspartner der Wirtschaftsjournalisten ist es wichtig zu wissen, mit wem sie es zu tun haben. Unsere Zeit, so Gebhardt, liebe das Anonyme,

spreche von der Presse, der Wirtschaft. Aber niemand, der das einmal erfahren habe, werde leugnen, wie wohltuend befreiend und wie fruchtbar es sei, wenn sich diese Anonymität im persönlichen Gespräch zwischen Vertretern der Publizistik und denen der Wirtschaft «in festumrissene Einzelmenschen auflöst». Daraus sei eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung hervorgegangen: das Zusammenführen des aktiven Wirtschaftlers und des Publizisten. Gebhard betont, auch die Männer der Wirtschaft hätten das oft genug dankbar anerkannt. «Aus dem besseren Verstehen wird ohne weiteres ein stärkeres gegenseitiges Verständnis erwachsen», sei eine der Leitlinien gewesen, die ihre Gründer bereits in der «Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Wirtschaftsschriftleiter» mit auf den Weg gegeben hätten, und das sei bis zur Stunde das Ziel der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung geblieben.

Ludwig Erhard an die WPV:

Wenn Wirtschaft und Publizistik heute enger zueinander gefunden haben, dann offenbar nicht nur deshalb, weil die Interessen beider Seiten eine solche Zusammenarbeit erfordern, sondern auch darum, weil man sich Mühe gegeben hat, einander besser kennenzulernen. Die Wirtschaftspublizistische Vereinigung Essen, die in diesen Tagen ihr zehnjähriges Bestehen feiern kann, hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet.

Natürlich ist man nicht immer ein Herz und eine Seele. Glücklicherweise nicht! Ich fände es jedenfalls bedauernswert, wenn die Presse nur das veröffentlichen wollte, was der Wirtschaft nützt, und die Wirtschaft nur das täte, was die Presse für richtig hält. Wesentlich ist allerdings, daß man im Grundsätzlichen übereinstimmt. Dieses Grundsätzliche bedeutet nach meiner Ansicht Gewissenhaftigkeit, Mut und Verantwortungsbewußtsein auf beiden Seiten.

(Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Ludwig Erhard im Juli 1959 zum zehnjährigen Bestehen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung)

In jenen Jahren bildete sich auch ein Ablauf der Veranstaltungen heraus, der sich auf die Dauer als probat erwiesen hat. Die Gäste aus der Wirtschaft wurden gebeten, ein Referat von maximal 30 Minuten zu halten. Den größten Teil der Zeit nahm dann das Gespräch mit den Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Verei-

nigung ein. Die in der Regel nachmittags veranstalteten Treffen schlossen mit einem gemeinsamen Abendessen. Dies ist auch heute noch so.

Nach vierzig Jahren

Im Jahre 1989 schrieb Ulrich Fritsch, Vorsitzender der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, eine kritische Würdigung der ersten vierzig Jahre Vereinsgeschichte. Er hob vor allem hervor, daß das Gründungsjahr 1949 für die Presse allgemein ein historisches Datum war, weil in den drei westlichen Besatzungszonen und West-Berlin der Lizenzzwang für die Gründung von Zeitungen aufgehoben, die neuen Pressegesetze beschlossen und das Grundgesetz verabschiedet wurde. Damit sei binnen eines Jahres die Zahl der Zeitungen von 140 auf mehr als 600 gewachsen.

Der Neuanfang für den Journalismus war – so Fritsch – damals schwieriger, als man heute annimmt. Die Ausgeburten einer pervertierten Staatsmacht seien verendet und dennoch lebendig gewesen: Die totale Lenkung aller Medien, die Direktiven für Presse, Film und Funk, die Weisungen aus den Gaupropagandaämtern und die Knebelungen durch das Reichsschriftleitergesetz von Oktober 1933. Fritsch meint, es sei nicht selbstverständlich gewesen, daß die Presse losgelöst von staatlichen Einflüssen in die Unabhängigkeit entlassen werden sollte. Freilich verdanke man es dem Grundgesetz, daß die Presse nicht zu einem Vehikel eines Apparates geworden sei. Er zitiert das Bundesverfassungsgericht, nach dessen Urteil die Meinungs- und Pressefreiheit das höchste Gut einer freien Gesellschaft ist. «Ohne Pressefreiheit können Parteien, Verbände und Unternehmen ihre Aufgaben und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft nicht wahrnehmen.»

Fritsch erinnerte aber an eine andere, ebenso wichtige Entwicklung. Die Wirtschaft befinde sich im größten Strukturwandel seit Beginn der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Dieser Prozeß vollziehe sich unter Einsatz immer neuer Techniken in einem so atemberaubenden Tempo, daß der nicht Eingeweihte wichtige Entwicklungen kaum nachvollziehen könne. Und sei er ihnen erst einmal auf der Spur, so kapituliere er vor einem immer schwerer zu verstehenden Fachjargon. Damit erwächst für den Journalisten, vor allem für den Wirtschaftspublizisten, die Aufgabe, den Prozeß der neuen Industriellen Revolution für den Leser verständlich darzustellen.

Immer mehr Wissen gefragt

Wer als Wirtschaftsjournalist glaubwürdig arbeiten will, muß nicht nur Bundesbankberichte und Bilanzen lesen können, sondern er muß sich auch einigermaßen in der Welt der Technik auskennen. Das galt zwar auch schon vor fünfzig oder achtzig Jahren. Aber damals mußte der Journalist die Grundlagen des Bergbaus kennen, mußte wissen, wie ein Hochofen, ein Thomas-Konverter oder ein Siemens-Martin-Ofen arbeitet, mußte auch die Grundregeln der Elektrizität und die wichtigsten Produktionsvorgänge in der Chemietechnik beherrschen. Das alles mußte der Journalist dem Leser verständlich darstellen können.

Die Wirtschaftspublizistische Vereinigung in voller Aktivität: Im Düsseldorfer Industrieclub wird eifrig diskutiert, werden Fragen und Antworten ausgetauscht. Der referierende Gast aus der Industrie oder dem Finanzwesen hält ein Referat von 20 bis 30 Minuten, an das sich die Diskussion anschließt.

Aber abgesehen davon, daß es heute in Deutschland keine Thomas-Konverter und keine Siemens-Martin-Öfen mehr gibt und daß mit der kontinuierlichen Walztechnik und dem Stranggießen und der Sekundär-Metallurgie die Technik im Hüttenwerk unendlich viel komplizierter geworden ist, gibt es heute auch Techniken, mit denen die Generation derer, die die WPV gegründet hatten, sich gar nicht auseinandersetzen mußte. Man muß heute über die verschiedenen Kunststoffe einigermaßen unterrichtet sein, muß wissen, wie ein Flugzeug mit Strahltriebwerken funktioniert, und auch die Elektronik mit allen ihren unendlichen Möglichkeiten muß dem Journalisten so vertraut sein, daß er in seinen Berichten dem Leser kein Kauderwelsch anbietet. Auch das dümmliche Wort «Tschernobyl ist überall» vom Jahre 1986 konnte er bewerten, falls er den Unterschied zwischen graphitmoderierten und leichtwassermoderierten Reaktoren kannte und die Existenz oder Nichtexistenz eines Containment in einem Kernkraftwerk zu beurteilen wußte.

Sie stehen an der Spitze der Vereinigung: Der Vorstand 1998 (von links): Beate Brüninghaus, Dr. Ulrich Fritsch (Vorsitzender), Brigitte Koch-Frickenhaus, Erwin Schneider, Winfried Reimann.

Und wenn es um die Börse geht, die ja schon vor einem halben Jahrhundert nicht so ohne weiteres zu begreifen war, so muß der Journalist dem Leser heute erklären, was Optionen sind, und was «Futures» bedeuten. Heute ist vierundzwanzig Stunden am Tag Börse, rund um die Uhr, rund um den Globus. Die neue Kommunikationstechnik hat das möglich gemacht. Die Journalisten haben in ihren Redaktionen gelernt, mit dem Computer umzugehen, von den Agenturen «online» Nachrichten abzurufen. Die «Verdeutlichung von Zusammenhängen» bezeichnete denn auch Fritsch in seinem Rückblick auf 40 Jahre WPV im Jahre 1989 als die vornehmste Aufgabe des Journalisten.

Die unbequeme Kritik

Soweit die Darstellung der Fakten. Aber zu den Pflichten der Publizisten gehört auch die Kommentierung der Ereignisse. Wenn es da um den Ost-West-Konflikt ging, stellte sich die Frage: Was ist der Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur? Von der NS-Diktatur unterschied sich die sozialistische Diktatur der SED in einem Punkte überhaupt nicht: Die Partei hatte immer recht, und was die Partei tat, mußte positiv bewertet werden. Diktatoren haben es da einfach. Sie verbinden den Journalisten schlicht den Mund, wenn es um Kritik an der Partei oder am System schlechthin geht. Journalistische Kritik ist aber immer unbequem, sogar in der Demokratie. Doch sie gehört zu den Pflichten des Journalisten. Wenn der Journalist diese Pflichten erfüllen will, darf er über die tagesrelevanten Ereignisse hinaus die großen Entwicklungen nicht aus dem Auge verlieren. Dies war einer der Gründe dafür, daß die Gründer der WPV das Adjektiv «publizistisch» gewählt haben, weil sie so über die Belange des Tagesjournalismus hinausgreifen wollten.

Allerdings müssen auch die Repräsentanten der Wirtschaft und Politik den Journalisten hinreichend aufklären. Bis diese Erkenntnis sich als selbstverständlich durchgesetzt hatte, vergingen Jahrzehnte. Wenn man bedenkt, daß von der Gründung an auch die Leiter von Pressestellen großer Konzerne und Verbände Mitglieder waren, so erweist sich dies im Rückblick als glückliche Lösung. Denn die Pressesprecher konnten aus den Kontakten mit den Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung ihren Vorständen ad oculos demonstrieren, wie wichtig eine umfassende Unterrichtung der Journalisten für das informierende Unternehmen selbst ist. Eines der ersten Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, der Journalist Peter Schott vom «Industriekurier», pflegte zu sagen, man müsse ein paar Mal so viel wissen, wie man schreiben wolle, um zu wissen, was man nicht schreiben dürfe. Damit meinte er die Vermeidung falscher oder irreführender Interpretationen.

Die Friedrich-Harkort-Plakette: Sie wurde von der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung an Vertreter der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens als Zeichen des Dankes für die Förderung ihrer Arbeit verliehen. Der Düsseldorfer Künstler Prof. Heinrich Moshage hat die Plakette gestaltet.

Harkorts Kopf auf Kohle-Keramik

Fritz Pudor überreichte den führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik zum Abschluß jeder Veranstaltung die «Harkort-Plakette». Diese Plakette war aus «Kohle-Keramik» gefertigt, wie sie auf den Zechen Hannover und Hannibal entwickelt worden war. Sie trug den Kopf des Industriellen und Politikers Friedrich Harkort (1793–1880). Pudor erläuterte den so Geehrten, daß die Wirtschaftspublizistische Vereinigung mit dieser Plakette eines Mannes gedenke, der Entscheidendes für die industrielle Entwicklung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets getan hatte. Friedrich Harkort gründete Walzwerke, Maschinenfabriken, Kupfer- und Eisenhütten, förderte den Steinkohlenbergbau und setzte sich für den raschen Ausbau des Eisenbahnsystems ein, war einer der Förderer des deutschen Zollvereins und gab wirksame Anstöße zu einer praktischen Sozialpolitik.

Die Harkort-Plakette, die der Düsseldorfer Künstler Professor Heinrich Moshage entworfen hatte, wurde den Gästen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung bis in die siebziger Jahre hinein verliehen. Auch Heinz-Günter Kemmer, Herchenröders unmittelbarer Vorgänger in der Leitung der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, erinnert sich, die Harkort-Plakette noch verliehen zu haben. Erst in der Ära Herchenröder starb dieser an sich schöne Brauch aus. Mehr als hundert Persönlichkeiten wurden mit der Harkort-Plakette ausgezeichnet, unter ihnen namhafte Unternehmensführer, die nach dem

Zweiten Weltkrieg Wirtschaftsgeschichte geschrieben haben, wie Heinz Nordhoff, der erste Vorstandsvorsitzende des Volkswagenwerks, oder Heinrich Kost, Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbauleitung, oder Wilhelm Beutler, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Berliner Kontakte

Berlin war seit der sowjetischen Blockade von 1948/49, die durch die amerikanischen «Rosinenbomber» gebrochen wurde, geradezu ein Symbol für den unbeugsamen Willen zur deutschen Einheit geworden. Die Wirtschaftspublizistische Vereinigung bemühte sich um enge Kontakte zu Berlin. In den fünfziger Jahren gab es Gespräche mit Berliner Senatoren, mit dem Vorstand der Schering AG, mit der Berliner Industrie- und Handelskammer, dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Heinrich Vockel, und mit Berlins Regierendem Bürgermeister Walther Schreiber. Solche Begegnungen haben in ihrem bescheidenen Rahmen durch die Resonanz in westdeutschen Medien mit dazu beigetragen, daß Berlin seine Isolation überlebt hat und inzwischen wieder Hauptstadt Deutschlands geworden ist.

Die Konzernchefs

Nach Demontagen und Entflechtung der Montanindustrie bildeten sich an Rhein und Ruhr neue Konzerne, die zum Teil den alten Zusammenhalt, falls er organisch gewachsen war, wiederherstellten, zum Teil auch neue Konstellationen brachten. Günter Ringleb, von Beginn an Mitglied der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, erinnert sich an Gespräche mit Hans-Günther Sohl, dem ersten Vorstandsvorsitzenden der neugegründeten August Thyssen-Hütte AG, und seinem Nachfolger Dieter Spethmann (ab 1973). Auch Egon Overbeck, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG seit 1962, kam zu Gesprächen in den Düsseldorfer Industrieclub, wo die Wirtschaftspublizistische Vereinigung normalerweise zu tagen pflegte und bis heute tagt. Ringleb erinnert sich, daß solche Gespräche den Mitgliedern der WPV manchen Blick hinter die Kulissen der Konzerne vermittelten, der sonst nicht möglich gewesen wäre. Sie und andere Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens kamen, wie das nicht immer selbstverständlich war, als den brennenden Fragen aufgeschlossene Gäste und nicht als über allen Dingen schwebende Herrschaftswissende in den Industrieclub.

Schatten ...

Der Kalte Krieg forderte auf seine Weise auch die Journalisten heraus. Noch unter Konrad Adenauer, der im Oktober 1963 als Bundeskanzler zurücktrat, verbot die Bundesregierung am 18. Dezember 1962 den Export von Großröhren für Pipelines in die Ostblockstaaten, und zwar sogar rückwirkend für bestehende Handelsverträge. Dahinter stand der Druck der amerikanischen Regierung. Die Journalisten an Rhein und Ruhr tadelten mehrheitlich dieses «Röhrenembargo», zumal da blitzschnell die italienische Stahlindustrie in die Bresche sprang und den Röhrenbedarf der Sowjets deckte. Egon Overbeck, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, erklärte denn auch vor den Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit des Verbotes seien sehr umstritten. Es war dies eines der Beispiele dafür, daß die Wirtschaftsjournalisten im einzelnen zu differenzieren wußten, selbst – in diesem Falle – auf die Gefahr hin, daß sie diesmal den Beifall von der falschen Himmelsrichtung, nämlich von Osten, bekamen. Immerhin warf das Röhrenembargo vorübergehend einen Schatten auf die sonst so guten Beziehungen zwischen den westlichen Verbündeten.

Schatten warf auch viele Jahre hindurch die Strukturkrise des deutschen Steinkohlenbergbaus. Während die Energie-Experten noch 1957 eine wachsende Nachfrage nach Steinkohle voraussagten, die man nur durch Abteufen zahlreicher neuer Schächte befriedigen könne, gab es im Frühjahr 1958 schon die ersten Feierschichten auf deutschen Zechen. Die Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung sahen sich einem Kreuzfeuer von Ratschlägen, Prognosen, Protesten und Forderungen aus den verschiedensten Lagern ausgesetzt: Die Parteien äußerten sich ebenso wie die Gewerkschaften, die Bundesregierung, die nordrhein-westfälische Landesregierung, der Unternehmensverband Ruhrbergbau, die Wirtschaftsinstitute, die Stahlindustrie und andere mehr. In den frühen sechziger Jahren hat die «Kohlenkrise» in starkem Umfang die Tätigkeit der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung geprägt.

... und Lichtblicke

Freilich konnten die Journalisten auch Lichtblicke vermelden. Bund, Land und Gemeinden versuchten, beim Ansiedeln neuer Branchen im Revier zu helfen, oft genug gegen den erbitterten Widerstand von Bergwerksgesellschaften, die verhindern wollten, daß ihnen Arbeits-

kräfte verloren gingen, obwohl sie mitunter genau wußten, daß ihre Schächte bald «den Deckel drauf» bekämen. Ein besonderer Lichtblick war der Bau des Opelwerks in Bochum, das im Oktober 1962 die Produktion aufnahm. Nicht alle Betriebe, die im Zuge der Umstrukturierung an Rhein und Ruhr gegründet wurden, haben durchgehalten. Das gilt vor allem für eine Reihe von Unternehmen der Textilindustrie, die längst ihre eigene Strukturkrise durchgemacht hat.

Aber Lichtblicke im wahrsten Sinne gab es dank der Kohlenkrise auch: Das Land an Rhein und Ruhr, bis dahin unter einer Dunstwolke aus dem Auswurf der Thomas-Konverter, der Hochofenabstiche und der Kokereien, hellte sich mit dem Verschwinden von Zechen und veralteten Stahlaggregaten, aber auch mit den strengeren Umweltvorschriften, die schon erlassen wurden, als die heutigen Grünen noch in die Grundschule gingen, deutlich auf. Der «blaue Himmel an der Ruhr», den Willy Brandt unter dem Spott auch mancher Wirtschaftsjournalisten versprochen hatte, wurde Wirklichkeit. Freilich hatte die Medaille auch eine zweite Seite: Immer mehr Menschen mußten die Stellenvermittlungen der Arbeitsämter aufsuchen. Das galt vor allem für die Zeit nach 1970.

Eines der – damals schon älteren – Mitglieder aus der Gründerzeit der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, Georg Wolff, erinnerte sich im Zusammenhang mit dem durch Stillegungen bewirkten Blankputzen des Himmels über der Ruhr an die Zeit, als er Wirtschaftskorrespondent der Deutschen Bergwerks-Zeitung in Essen war. In der Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre fuhr Wolff mit der Straßenbahn durchs Ruhrgebiet. Damals war das Auto für Journalisten noch lange keine Selbstverständlichkeit. Wolff kannte die Werke – die Zechen, die Kokereien, die Eisenhütten, die Schmieden, die Kraftwerke. Und wenn er sah, daß plötzlich wieder die Schornsteine über einem dieser Werke qualmten, dann meldete er das in der Deutschen Bergwerks-Zeitung als einen Erfolg, einen wahren Lichtblick: «Das Werk XY arbeitet wieder!» In jenen Zeiten waren die Qualmwolken über den Betrieben geradezu ein Symbol für Prosperität. Tempi passati ...

Journalisten hinter Gittern

Schatten auf das Verhältnis von Staat und Presse warf die «Spiegel-Affäre» vom Oktober 1962. Die Bundesanwaltschaft leitete gegen den «Spiegel» ein Ermittlungsverfahren ein, weil sie aus einer mili-

tärpolitischen Analyse den Verdacht auf Landesverrat gewann. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe ordnete Haft- und Durchsuchungsbefehle an. Rudolf Augstein, der Verlagsdirektor Hans Detlev Becker und leitende Redakteure, unter ihnen Conrad Ahlers, wurden verhaftet. Die Affäre löste nicht nur in der Öffentlichkeit eine heftige Debatte über die Grenzen der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Staatsgewalt aus, sondern verursachte auch einen ernsthaften Streit in der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP, der schließlich im offiziellen Rücktritt des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß endete. Wenige Jahre später schon, am 27. Oktober 1966, endete die Regierungskoalition von CDU, CSU und FDP nach einem Streit über den Bundeshaushalt. Bundeskanzler Ludwig Erhard trat am 30. November 1966 zurück. Es kam nun zu einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler und Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister.

Höhepunkte der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftsjournalisten wurden unmittelbar nach dieser Regierungsumbildung von der ersten ernstzunehmenden Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik herausgefordert. Für die Wirtschaftspublizistische Vereinigung war die Schaffung der «Walzstahlkontore» von besonderer Bedeutung. Es waren Verkaufsverbände, mit denen die Stahlindustrie versuchte, ihren mit der Rezession arg ramponierten Markt wieder in den Griff zu bekommen. Herbert W. Köhler, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und «Erfinder» dieser Kontore, war einer der Gäste der WPV aus dieser Branche, die wenige Jahre später mit ihrer 1974 beginnenden Strukturkrise noch manches Gespräch zwischen den Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung und den führenden Leuten der Stahlindustrie notwendig machte.

An Themen auf wirtschaftlichem Gebiet fehlte es in jenen Jahren ohnehin nicht. Anfang 1968 wurde das Umsatzsteuer-System von Grund auf verändert. An die Stelle der vierprozentigen Umsatzsteuer, die sich ohne Möglichkeit der Entlastung durch alle Phasen der volkswirtschaftslichen Wertschöpfung hindurch kumulierte, trat die wettbewerbsneutrale Mehrwertsteuer. Am 27. November 1968 wurde die Ruhrkohle AG gegründet, eine Einheitsgesellschaft für den Bergbau an der Ruhr, die mit Bürgschaften von Bund und Land Nordrhein-

Zentrum der Europäischen Union: Mit Mitgliedern der Brüsseler Kommission hat die Wirtschaftspublizistische Vereinigung zahlreiche Gespräche geführt, die sowohl in der belgischen Hauptstadt als auch in Düsseldorf stattfanden. Unser Bild zeigt den Neubau der EU-Zentrale.

Westfalen die Arbeitsplätze im Ruhrbergbau so weit wie möglich sichern und im übrigen einen geordneten Rückzug aus nicht mehr haltbaren Positionen am Markt gewähren sollte. Die mit diesem Thema zusammenhängenden Veranstaltungen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung trugen dazu bei, daß die Probleme und Chancen dieser Konzentration in der Öffentlichkeit verständlich gemacht werden konnten.

Eine auf Jahrzehnte hinaus wirkende Zäsur brachte die Energiekrise von 1973. Im Zuge des israelisch-arabischen Jom-Kippur-Krieges beschlossen arabische Länder am 17. Oktober 1973, ihre Erdöllieferungen an Industriestaaten einzuschränken oder gar in Einzelfällen ganz einzustellen. Zugleich bewirkte die OPEC (Organization of Petroleum Exporting Countries) eine drastische Steigerung der Rohölpreise. Dies hatte deutliche Einwirkungen auf die Konjunktur, verunsicherte vor allem die Automobilindustrie. «Autofreie Sonntage» wurden verfügt. Mit einem «Energiesicherungsgesetz» vom 19. November 1973 sicherte sich die Bundesregierung die Möglichkeit, im Notfall durch Rechtsverordnung Energie zu rationieren und Höchstpreise zu verordnen. Der Ölpreisschock förderte auch den Willen zum Ausbau der Kernenergie. All dies waren Themen, die auf den Treffen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung intensiv diskutiert wurden.

Der EG-Kommissar und das Öl

Mitglieder der WPV erinnern sich an ein Gespräch mit Guido Brunner, einem deutschen Mitglied der Europäischen Kommission, der am 20. Februar 1978 Gast der Vereinigung war. Er machte deutlich,

welch märchenhaft-unbegreifliche Summen die Ölverbraucher für diesen begehrten Rohstoff ausgeben müssen. Daß sich der Ölpreis von 1973 bis 1978 fast verzehnfacht hatte, besage noch nicht viel, meinte Brunner, obgleich diese Tatsache allein schon ungläubiges Staunen bewirken möge. Doch sei es viel schwieriger, zu begreifen, daß die in der OPEC zusammengeschlossenen Erdölförderländer allein im laufenden Jahr 1978 mehr als 120 Milliarden Dollar (nach damaligem Wechselkurs 215 Milliarden DM) einnahmen. Der EG-Kommissar machte es noch klarer: «Das sind mehr Dollar, als nötig wären, alle Aktien aller Industrieunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland aufzukaufen.» Freilich kauften die Ölscheichs damals nicht die deutsche Industrie auf, wohl aber große Anteile an renommierten deutschen Unternehmen sowie ganze Straßenzüge, Hotels und Warenhäuser in London oder Paris.

Des Deutschen liebstes Kind

Das krisenhafte Geschehen rund ums Öl spielte auch in der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung eine herausragende Rolle. Johannes Welbergen, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Shell AG, sprach im März 1975 darüber; BP-Chef Helmuth Buddenberg lud im Januar 1976 zum Gespräch, und im Herbst des gleichen Jahres nahm sich auch Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der Veba AG, des Themas an. Der Chef der Bochumer Veba-Tochter Aral, Günter Michels, präsentierte im Herbst 1997 in einem Referat über zukünftige Tendenzen im Tankstellenmarkt aufschlußreiche Zahlen. Seinen Worten zufolge war die Zahl der Tankstellen der großen Mineralölgesellschaften in den vorausgegangenen drei Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen, und sie werde weiter fallen. Es waren 46 000 Stationen im Jahre 1979. Die Autofahrer konnten aber 1996 in Deutschland nur noch 17 660 Tankstellen anfahren, und für das Jahr 2010 sagte Michels nur noch 10 000 bis 12 000 Tankstellen voraus. In der gleichen Zeit ist die Zahl der zugelassenen Personenwagen dramatisch gewachsen: von 25,9 Millionen im Jahre 1980 über 35,5 Millionen 1990 auf 41 Millionen im Jahre 1996. Michels prognostizierte für das Jahr 2010 einen Pkw-Bestand von 47,9 Millionen in der Bundesrepublik.

In den letzten drei Jahrzehnten stand des Deutschen liebstes Kind wenigstens einmal im Jahr im Zentrum der WPV-Treffen. Ob der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, Johann Heinrich

von Brunn, im Februar 1975 allgemein über die Freuden und Leiden der Kraftfahrzeughersteller referierte, oder ob vier Monate danach VW-Chef Toni Schmücker, ob Joachim Zahn, damals Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, im März 1977 zu einem Gespräch über die «Lage und Zukunftsaussichten der Automobil-Industrie» – sie alle fanden in den WPV-Journalisten kritische Diskussionspartner.

Eine Abschweifung sei an dieser Stelle verziehen. Aber sie gehört zur Historie. Wer Toni Schmücker 1975 miterlebt hat, erinnert sich an einen heißen Sommertag, der es notwendig machte, daß man die Jacken auszog. Die Pistole, die Toni Schmücker dabei neben sich legte, war ein Symptom der damaligen Terrorwelle, die von der «Rote-Armee-Fraktion» ausging. Übrigens bekundete auch Egon Overbeck, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, mit seiner Pistole, wie er einmal den Journalisten verriet, den Willen, «wenigstens einen von denen mitzunehmen», wenn er angegriffen würde.

Auch Gerhard Prinz, Nachfolger von Zahn im Daimler-Benz-Vorstand, kam im März 1982 zur Wirtschaftspublizistischen Vereinigung. Zwei Jahre später, im September 1984 besuchte Audi-Chef Wolfgang Habbel die Vereinigung, und Daimler-Benz-Vorstand Werner Breitschwerdt kam im Oktober 1985 an den Rhein. Ein außergewöhnliches Ereignis war im September 1993 die Einführung der Daimler-Benz-Aktie an der New York Stock Exchange. Diesem Thema widmete sich Gerhard Liener vom Daimler-Vorstand im Gespräch mit WPV-Mitgliedern. Der häufigste Gast der WPV unter den Managern der Automobilindustrie war Edzard Reuter. Schon im Februar 1989 packte er das heiße Eisen «Industriestandort Deutschland» an. Er mußte leider seine Warnungen bei den Gesprächen im Januar 1992 und im Februar 1995 verschärft wiederholen und behielt recht, wie die Entwicklung seitdem gezeigt hat. Freilich mußte sich Reuter auch der inzwischen laut gewordenen Kritik an seiner eigenen Unternehmensstrategie stellen. Er tat es zögernd und abwehrend, in dem Sinne etwa, den auch seine Autobiographie verrät.

Wehklagen über Schulden?

Die Wirtschaftspublizistische Vereinigung nahm immer lebhaft Anteil am Bonner Geschehen. Schließlich saßen etliche ihrer Mitglieder auf den Presseplätzen im Bundestag. Zu Beginn der achtziger Jahre stritten die Politiker wieder einmal über die Verschuldung der Öffentlichen Hand. CDU und CSU klagten vor dem Bundesverfassungsgericht ge-

gen die Schulden der Bundesrepublik unter der Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Helmut Schmidt. Damals betrug der Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden gut 580 Milliarden DM.

Doch wie sieht es Ende der neunziger Jahre aus, nach 16 Jahren Kanzlerschaft Helmut Kohl? Der Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden erreichte im Herbst 1997 mit knapp drei Billionen Mark fast das Fünffache von damals. Allerdings lag dazwischen die gewaltige Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung. Aber welche Fehler – vom Geldumtausch bis zur Tarifpolitik – sind dabei gemacht worden! Eben darauf richteten sich die Fragen der WPV-Mitglieder an den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansgeorg Hauser.

Eine brutale Haßwelle

Als im Frühjahr 1998 der berühmten «Achtundsechziger» Bewegung gedacht wurde, war viel vom «Aufbrechen verkrusteter Strukturen» die Rede. Das war auch richtig, wenngleich die Ergebnisse dieses «Aufbrechens» im einzelnen differenziert gewertet werden müssen, vor allem die vielfach beschämenden Begleiterscheinungen von Brutalität und Infantilismus. Nur am Rande wurde in den Rückblicken erwähnt, daß auch die Terrorwelle, die von der Bader-Meinhof-Gruppe und später von der sogenannten «Rote Armee-Fraktion» ausging, ihren Ursprung in der Bewegung von 1968 hatte. Am 7. April 1977 wurden in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine beiden Begleiter ermordet. Am 30. Juli fiel der Bankier Jürgen Ponto (Dresdner Bank) einem Mordkommando zum Opfer, und am 5. September 1977 wurde der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer, entführt. Die Entführer erschossen dabei drei Polizeibeamte und den Fahrer Schleyers. Am 19. Oktober wurde die Leiche Schleyers gefunden. Die Wirtschaftspublizistische Vereinigung gedachte seiner und der anderen Opfer. Schleyer war noch am 9. März 1977 Gast der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung im Düsseldorfer Industrieclub gewesen und hatte einen vielbeachteten «Überblick über die Spitzenverbände der Wirtschaft» gegeben. Es sollte sich später zeigen, daß der Terror nach Schleyers Tod noch nicht zu Ende war.

Brüssel und der deutsche Stahl

Das rheinisch-westfälische Revier ist nun einmal das Zentrum der deutschen Montanindustrie. Da ist es nicht verwunderlich, wenn seit

Bestehen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung die Themen von Kohle und Stahl immer eine besonders große Rolle spielten. Im Anfang war ja sogar noch die Entflechtung der westdeutschen Montanindustrie ein wichtiges Thema; auch die Demontagen waren noch nicht vergessen. Später diskutierten die Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in zahlreichen Gesprächen auch den Wiederaufbau und die Erneuerung der westdeutschen Stahlindustrie.

Im Herbst 1974 brach die Strukturkrise in der deutschen Stahlindustrie aus. Sie führte im Laufe der Jahre zu zahlreichen Stillegungen von Werksteilen oder ganzen Werken. Der Einbruch im Jahre 1974 war zwar besonders drastisch, doch dachte jeder, es gehe um die übliche konjunkturelle Delle. Aber die Krise hielt an; vorübergehende Besserungen erwiesen sich als trügerisch. Die deutsche Stahlindustrie versuchte gemeinsam mit den Stahlindustrien der Partnerländer zunächst eine marktkonforme Lösung über eine Anpassung der Produktion an die Nachfrage. Es entstand der europäische Stahlverband «Eurofer», der in Kooperation mit der Europäischen Kommission vernünftige Lösungen finden sollte. Aber mehr und mehr breitete sich in der Stahlindustrie der meisten EG-Länder eine Welle der Subventionen aus. Im Oktober 1980 gab es eine Zäsur in der Stahlpolitik der Gemeinschaft: Die Europäische Kommission entschied – leider mit Unterstützung des Ministerrates – die nach dem Montanvertrag vorgesehene Quotenregelung für die Produktion und den Verkauf von Stahl. Es wurde ein kompliziertes System von Mengenregelungen für die Stahlproduktion eingeführt. Was danach geschah, könnte man im Rückblick als die «Erinnerungen aus einem Narrenhaus» veröffentlichen.

Die Quotenregelungen wurden so kompliziert, daß es in den einzelnen Konzernen sogenannte «Quotenheinis» gab, die sich in diesem Dschungel auskannten. Das alles eröffnete bestimmten Schlaumeiern die Chance, sich aus den Maschen dieser Regelungen einen warmen Pullover zu stricken. Die Kommission verhängte Bußgelder, die Konzerne klagten beim Europäischen Gerichtshof gegen die Kommission und umgekehrt. Die Prozesse, die darum geführt wurden, liefen in einer Zeit ab, als die Zeichen schon wieder anders standen. Im November 1983 war der Quoten-Dschungel schon so dicht verwuchert, daß auch die Wirtschaftsjournalisten beim besten Willen und Wissen nur mehr schwer hindurchsahen. So waren sie denn gespannt, als Etienne Vicomte Davignon, Vize-Präsident der

Kommission und zuständig für Industriefragen, vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung sprach. Der belgische Graf war für seine unglaubliche Fähigkeit bekannt, seinen Gesprächspartnern, unabhängig von der Glaubwürdigkeit dessen, was er erzählte, das Gefühl zu geben, gerade die absolute Wahrheit vernommen zu haben. So war es auch an diesem Abend. Graf Davignon überzeugte die Journalisten. Nur fing am nächsten Morgen wieder der graue Alltag mit neuen Protesten gegen neue Quotenverstöße an. Immerhin überzeugte Graf Davignon seine Zuhörer auch – zu Recht – von der Notwendigkeit, die Kapazitäten langfristig dem strukturellen Prozeß anzupassen, der noch schmerzliche Auswirkungen, auch und vor allem im Beschäftigungsbereich, haben werde. Da hat Davignon vollauf recht behalten.

Vier Jahre später, im Dezember 1987, machten sich einige Mitglieder mit dem Vorsitzenden der WPV, Heinrich Herchenröder, zu einer Fahrt in die belgische Hauptstadt auf, um sich «vor Ort» bei der Europäischen Kommission zu informieren. Gerade in jenen Tagen erreichten die Proteste gegen die Schließung des Krupp-Hüttenwerks in Rheinhausen ihren Höhepunkt. Die schmerzlichen Anpassungen, von denen Davignon vier Jahre früher gesprochen hatte, waren in vollem Gange. Die WPV-Mitglieder informierten sich am ersten Tag ihres Besuches im Gespräch mit dem Vizepräsidenten Karl-Heinz Narjes über Wirtschaft und Finanzen, während der zweite Tag den Montan-Themen gewidmet war.

Zustandsbeschreibung: Realer Sozialismus

Am 14. November 1986 war ein Mann im Düsseldorfer Industrieclub zu Gast bei der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung, der – quasi aus erster Hand – einen umfassenden Einblick in den «realen Sozialismus» vermittelte: DDR-Kritiker Professor Hermann von Berg. Er zitierte aus seinem kurz zuvor erschienenen Buch «Marxismus-Leninismus. Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie» und löste damit eine ungemein lebhafte Diskussion aus. Berg forderte, vor allem müßten die jungen Menschen in ganz Deutschland die Wahrheit über die wirklichen Arbeiter- und Sozialismustraditionen erfahren, «wenn sie und unser Vaterland eine lebenswerte Zukunft haben sollen.» Nur drei Jahre nach Bergs Diskussion mit den WPV-Journalisten sollte sich die Welt derart verändern, daß nicht nur Eingeweihte, sondern nach und nach jedermann die Folgen des Marxis-

mus-Leninismus und seine verhängnisvolle Auswirkungen auf die Welt von gestern und heute miterleben konnten. Im Herbst 1989 wurde endgültig klar: Der Kommunismus war gescheitert. Die «friedliche Revolution», die von Leipzig ausging, leitete den Zusammenbruch des SED-Regimes ein. Am 9. November 1989 öffnete das abgewirtschaftete Regime die Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland. Noch gab es damals eine DDR als souveränen Staat. Aber seine Auflösung war vorauszusehen. Und in der Tat wurde die «erneuerte» DDR nicht einmal ein Jahr alt.

Ein Fest in Sicht – Terror im Hintergrund

Im Oktober 1989 feierte die Wirtschaftspublizistische Vereinigung ihr vierzigjähriges Bestehen. Am Abend des 23. Oktober begrüßte die Vereinigung bekannte und bedeutende Gäste. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, fand launige Begrüßungsworte, und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, hielt den Festvortrag mit dem Thema «Wirtschaft und Presse». Herrhausens Festvortrag löste an diesem Abend einen intensiven Gedankenaustausch mit den Gästen aus. Wegen ihres grundsätzlichen Inhalts veröffentlichen wir diese Rede im Anhang.

Gutes Einvernehmen: Dr. Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, (Mitte), Dr. Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG (rechts), und «Zeit»-Korrespondent Heinz-Günter Kemmer, beim Jubiläum 1989.

Gut ein Monat war seit der Jubiläumsveranstaltung der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf vergangen, da erschütterte uns am 30. November 1989 die unfaßbare Nachricht: «Der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen (59), wurde in den Morgenstunden auf der Fahrt von seinem Wohnort Bad Homburg

zu seinem Büro nach Frankfurt/Main durch einen Sprengstoffanschlag auf sein Fahrzeug ermordet. Herrhausen war seit 1985 alleiniger Sprecher der Deutschen Bank. Die Bundesanwaltschaft vermutet hinter dem Attentat Kreise der Roten Armee Fraktion (RAF).» Diese Vermutung wurde wenig später bestätigt.

Es war also wiederum jene Terroristen-Organisation, zu deren Mordopfern zuvor unter anderem der Karlsruher Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto und der Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer zählten.

Ungefähr anderthalb Jahre nach dem Mord an Herrhausen, am 2. April 1991, fiel Detlev Carsten Rohwedder (58), Chef der Berliner Treuhand-Anstalt, in Düsseldorf-Oberkassel einem Mordanschlag des sogenannten «Kommandos Ulrich Wessel» der Rote Armee Fraktion zum Opfer. Rohwedder war am 23. Oktober 1989, damals noch Vorstandsvorsitzender der Dortmunder Hoesch AG, Ehrengast beim vierzigjährigen Jubiläum der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung gewesen und hatte am 21. Februar 1990 als Referent vor Mitgliedern der Vereinigung gesprochen. Der Bekennerbrief wurde – wie die Polizei versicherte – am Tatort gefunden. Der Manager war von einem gegenüberliegenden Gartengrundstück aus durch ein Fenster in seinem Haus erschossen worden. Befriedigend geklärt wurde die Täterschaft allerdings nie. Rohwedder hatte in seinem Referat vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung im Februar 1990 eindringlich vor einer zu schnellen Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der damals noch existierenden DDR gewarnt. Die Folgen, die Rohwedder voraussagte, nämlich eine totale Konkurrenzunfähigkeit der ostdeutschen Industrie im internationalen Wettbewerb, sind bald eingetreten. Gleichwohl blieben Rohwedders berechtigte Forderungen Theorie; die ökonomischen und politischen Fakten waren stärker.

Deutschland, Europa, die Welt

Das Thema Deutschland sollte in den Jahren nach Rohwedders mahnenden Überlegungen die WPV noch häufiger beschäftigen. Interessante Gäste standen dazu Rede und Antwort. So etwa Claus Köhler, Direktoriumsmitglied der Bundesbank, Friedhelm Gieske (RWE), Werner H. Dieter (Mannesmann) mit Betrachtungen über ihre Unternehmen und deren europäische «Einbettung». Da konnten Experten als Referenten gewonnen werden, die auf Fragen zur ehemaligen DDR ein-

gingen: Der Hamburger Unternehmensberater Otto Gellert («Die DDR-Wirtschaft im Umbruch») sowie die Vorstände des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung in Ost-Berlin, Konrad Wetzker, Dieter Lange und der Vorstandsvorsitzende der Keramischen Werke Hermsdorf-Tridelta AG, Andreas Montag, die gemeinsam über «Die neuere wirtschaftliche Entwicklung in der ehemaligen DDR» diskutierten.

Gespräche in der Zentralbank

Von besonderem intellektuellen Reiz sind die seit einer Reihe von Jahren regelmäßig in den späten Dezembertagen wiederkehrenden Begegnungen mit dem Präsidenten der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen. In diesen Fällen ist Jochimsen der Gastgeber in seinem Institut. Er hatte 1990 die «Europäische Wirtschafts- und Währungsunion» als Referat gewählt, untersuchte ein Jahr später die «wirtschafts- und währungspolitische Lage ein Jahr nach der deutschen Einheit» und befaßte sich 1994 mit dem Thema «Geld- und Währungspolitik im konjunkturellen Aufschwung». Jochimsens Warnungen galten dabei immer wieder einer politisch wie wirtschaftspolitisch nicht hinreichend fundierten Europäischen Währungsunion. Im Jahre 1997 analysierte er die «Globalisierung der Märkte als Herausforderung der Politik». Jochimsens Schlußfolgerungen in diesem Referat klangen tröstlich: «Gewiß, die institutionellen Anleger, die das Tempo auf den Märkten vorgeben, kennen nur Rendite und Risiko als Gradmesser für ihre Entscheidung. Trotzdem liefert die Globalisierung keinen Grund zur Resignation. Schließlich reagieren auch internationale Finanzmärkte keineswegs aus dem hohlen Bauch. Im Gegenteil: Eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik geht positiv in ihre Bewertung ein. Das verlangt zugleich nach einem in seinem Territorium aktiven Staat, der dort die Wachstums- und Entwicklungschancen fördert. Bangemachen gilt hierbei nicht. Gerade im Hinblick auf die Herausforderungen der Globalisierung ist Angst ein wirklich schlechter Ratgeber.»

Eine Tour d'horizon der nationalen und internationalen Kredit- und Währungssituation: Professor Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen, vordem Wirtschaftsminister des Landes, liefert den Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung jährlich im Dezember reichlich Stoff für anregende Diskussionen.

Gleiches Thema, andere Sicht

Manfred Schneider, Vorstandschef der Bayer AG, stellte im Februar 1998 «Chancen und Risiken der Globalisierung» zur Diskussion. Die grundsätzliche Bedeutung dieses Themas ergebe sich schon aus der Tatsache, daß Deutschland wirtschaftlich stärker international ausge-

Blick über die Grenzen: Dr. Manfred Schneider, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, Leverkusen, diskutierte im Februar 1998 mit Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung nicht nur über den Strukturwandel in der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie, sondern auch über die Globalisierung und ihre Folgen.

richtet sei als die anderen großen Industrienationen. Aus einem wiederum anderen Blickwinkel betrachtete Ex-Staatssekretär Hartmut Krebs das Thema. Als Nachfolger des Düsseldorfer Messechefs Klaus Groth übernahm er zugleich die traditionelle Rolle seines Vorgängers als Gastgeber der WPV. Er befaßte sich mit der Globalisierung des Messegeschäfts. Längst haben die Düsseldorfer das internationale Terrain erschlossen – nicht nur als Initiatoren großer Ausstellungen und Niederlassungen in verschiedenen Regionen der Erde, sondern auch als Teilhaber der Brünner Messe.

Messe immer internationaler: Über die Grenzen hinaus entwickelt sich auch die Düsseldorfer Messe, deren Chef Hartmut Krebs den WPV-Mitgliedern erläuterte, was es damit auf sich hat; zum Beispiel wurde die Brünner Messe in Tschechien übernommen.

Die seit langem andauernde Diskussion um die Arbeitslosigkeit in Deutschland fand ihren Widerhall auch in der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung. Wenige Tage vor der Bundestagswahl im September 1998 diskutierte der Unternehmensberater Roland Berger mit den WPV-Journalisten über «Strategien zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit». Globalisierung war auch für ihn eine Vokabel, die zu

benutzen Optimist Berger nicht umgehen konnte. Unter anderem sah er große Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich von High-Tech und Dienstleistungen.

Der Euro kommt

Es verstand sich von selbst, daß die Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung ein starkes Interesse daran hatten, über die kommende Europäische Währungsunion von den Spitzenmanagern des deutschen Kreditgewerbes unterrichtet zu werden. Sie führten lebhafte Diskussionen unter anderem mit Friedel Neuber, dem Chef der Westdeutschen Landesbank, mit Hilmar Kopper (Deutsche Bank), Eberhard Heinke (Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank) und Rolf-E. Breuer (Deutsche Bank). Eberhard Heinke baute das Euro-Thema in sein Referat unter der Fragestellung «Diskriminiert die neue Geldpolitik der europäischen Zentralbank den deutschen Mittelstand?» ein. Auch Hans-Olaf Henkel, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), diskutierte mit der WPV über die Vorteile der Wirtschafts- und Währungsunion. Staatssekretär a. D. Karlheinz Bentele, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, stellte das Thema «Der Euro und die Sparkassen» zur Debatte. Alexander von Tippelskirch, Vorstandsvorsitzender der IKB Deutsche Industriebank, machte im Jahr 1998 den «Mittelstand im Umbruch – Herausforderung durch gespaltene Konjunktur und Euro» zum Thema, während Eckard John von Freyend, Vorstandsvorsitzender der IVG Holding in Bonn, «Unternehmenspolitik und gesellschaftlicher Wandel» zur Diskussion stellte.

Ein immer wieder gern gesehener Referent: Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank, war wiederholt Gast bei der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung.

Der Grüne als Rotes Tuch

Jeder Gast der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung kann frei von der Leber reden, wie und was er will. Falls etwas ausdrücklich für den internen Gebrauch bestimmt ist und deshalb vertraulich behandelt werden soll, ist es Ehrensache der Journalisten, nichts davon auf dem offenen Markt feilzubieten. Verstöße gegen diese Regel sind tödlich für jede Publizität. Aber nicht ein einziges Mal in dem halben Jahrhundert, auf das die Wirtschaftspublizistische Vereinigung zurückblickt, haben Mitglieder das Vertrauen der Gesprächspartner mißbraucht. Wie sonst hätte sich ein derart gutes Verhältnis zwischen der Vereinigung und ihren Referenten bilden können, wie es bis in unsere Tage hinein herrscht?

Seit Jahrzehnten Tagungsort der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung: Der Industrieclub in Düsseldorf, wo es viele Gespräche mit industrie- und wirtschaftspolitischen Folgen gegeben hat.

Ein anderes ungeschriebenes Gesetz ist die strikte politische Neutralität, vor allem in der Auswahl der Gäste. Die Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung selbst vertreten ja unterschiedliche politische Richtungen; das hat nie das gute Einvernehmen zwischen den Mitgliedern gestört. Von außen freilich gab es einmal Ärger. Da war am 16. Oktober 1986 der damalige hessische Minister für Umwelt und Energie, Joseph (Joschka) Fischer, zum Gespräch mit Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in den Industrieclub gekommen. Ein Mitglied des Industrieclubs empfand den Besuch des eloquenten Kernkraftgegners als Zumutung, gleichsam als Entweihung der «Heiligen Hallen» an der Elberfelder Straße. Der Protestierer erhob bei der Geschäftsführung des Industrieclubs scharfen Einspruch. Es gab einigen Wirbel, doch am Ende blieb es beim Protest gegen den «Radikalinski» (so der Beschwerdeführer), und Fischer konnte unbehelligt über Energiepolitik und Umwelt referieren. Inzwischen ist Fischer Bundesaußenminister und Vizekanzler. So ändern sich die Zeiten.

Faszinierende neue Technik

Die moderne Telekommunikation gehört zu den zahlreichen Themen, mit denen sich auch die Wirtschaftsjournalisten und nicht nur ihre Kollegen von der Technik- und Forschungsseite vertraut machen müssen. Besuche von Fachleuten helfen bei diesen Lernvorgängen. Helmut Ricke, damals noch Vorsitzender der Geschäftsführung der Loewe Opta GmbH in Kronach, schaffte am 16. März 1989 in einem lebhaften Gespräch mit den Mitgliedern der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung die Verbindung «Unterhaltungselektronik und

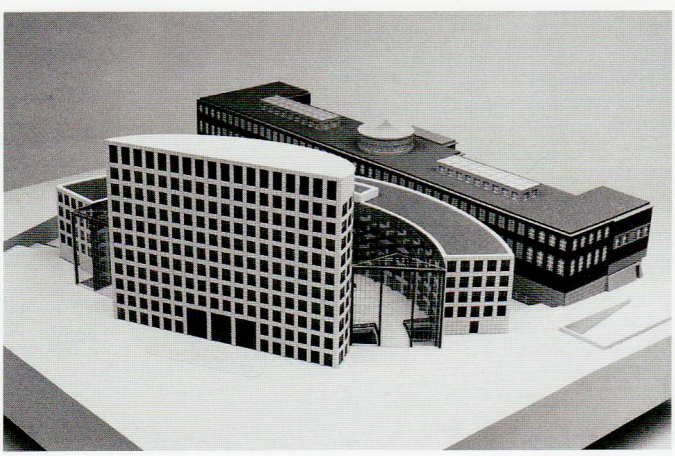
Telekommunikation – ein dynamisches Synergiepotential». Als Ricke zum zweiten Mal mit der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung diskutierte, nämlich am 6. Mai 1993, da war er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundespost Telekom in Bonn, und er zog die «Bilanz der drei Jahre Telekom – von der Behörde zur Aktiengesellschaft». Vier Jahre vergingen dann noch bis zum Verkauf der Telekom-Aktien an die Sparer. Der neue Telekom-Chef, Ron Sommer, umriß am 25. Februar 1997 als Gast-Referent der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung die «Strategie der Telekom im Jahr 1 nach dem Börsengang». Ron Sommer kündigte neue Aktivitäten an: Bildkommunikation, Mobilfunk, Verkehrsleitsysteme, Gebäudeüberwachung und manches andere würden im Laufe der Zeit zu den gefragten Dienstleistungsangeboten der Branche gehören.

Einen neuen Weg beschritt Horst Lennertz, Mitglied der Geschäftsführung der E-Plus Mobilfunk GmbH in Düsseldorf, als er die Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung im Januar 1998 durch das moderne E-Plus-Haus in Düsseldorf führte, wo Verwaltung und Technik, Computer-, Datensicherungs- und Robotersysteme installiert sind.

Kunst und Kommerz

Daß es in der WPV nur um wirtschaftliche, wirtschaftspolitische oder Unternehmensfragen geht – dieser Eindruck entsteht sehr leicht bei der Lektüre der Veranstaltungstermine. Im Jahr vor der Gold-Jubelfeier der Vereinigung änderte sich dies: Veba-Chef Ulrich Hartmann brachte Kultur ins Haus. «Ich hätte Sorge, wenn Kultur-Sponsoring nur etwas fürs Feuilleton wäre», meinte er, dessen Konzern den Umbau des Düsseldorfer Kunstpalastes mit Millionen fördert.

Fördert Kultur: Ulrich Hartmann, der Vorstandsvorsitzende der Veba AG, setzt sich für mehr Mäzenatentum der Wirtschaft ein. Hartmann stellte den Mitgliedern der WPV das Modell des neuen Düsseldorfer Kunstpalastes vor, dessen Umbau der Konzern finanziert.



Rundumerneuerung: Den seit Jahrzehnten bekannten und bewährten Kunstpalast im Düsseldorfer Ehrenhof will die Veba AG restaurieren. Sie verbindet dieses von ihr zu finanzierende Millionen-Projekt mit neuen Gebäuden für ihren eigenen Bedarf.

Wie sehr sich deutsche Unternehmen für die Kunst engagieren, zeigt auch die Essener Ruhrgas AG schon seit Jahren. Als maßgeblicher Förderer internationaler Kunstausstellungen in Essen wurde der Konzern bekannt und hochgelobt. Im Juli 1998 waren zahlreiche WPV-Mitglieder Gäste des Unternehmens beim Besuch der Gauguin-Ausstellung – ein Erlebnis der besonderen Art.

Nicht nur Wirtschaftsthemen: Als Gäste der Ruhrgas AG besuchten Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung im Sommer 1998 die von dem Essener Konzern geförderte Gauguin-Ausstellung im Museum Folkwang.

Wirtschaft und Presse

Alfred Herrhausen

Wirtschaft und Presse

Vortrag zum 40jährigen Bestehen der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung am 23. Oktober 1989

Die gedruckten Medien – Zeitungen und Zeitschriften, also die eigentliche Presse – sind nur ein Teil der Medienlandschaft. Die elektronischen Medien bestimmen heute stärker das Image der Wirtschaft. Die Medienforschung sagt uns, daß für die Mehrheit der Bundesbürger in Wirtschaftsfragen das Fernsehen (als Haupt-Informationsquelle) vor der Tageszeitung rangiert. Noch interessanter ist der Befund, daß beide Medien unterschiedliche Zielgruppen bedienen. Für Millionen von Menschen sind Sendungen via Bildschirm häufig die einzige benutzte Informationsquelle über wirtschaftliche Themen. Deshalb kann man nicht ernsthaft über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Presse sprechen, ohne zugleich Fernsehen und Hörfunk in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Der Dialog zwischen der Wirtschaft und den Medien wird von beiden Seiten nicht um seiner selbst willen geführt. Er ist Mittel zum Zweck. Journalisten sind nicht das direkte Ziel unserer Kommunikationspolitik; sie sind das Medium, über das wir das Gespräch mit der Öffentlichkeit suchen. Es geht uns gemeinsam um das Informieren, darum, Rechenschaft abzulegen über das, was wir tun und wollen gegenüber der interessierten Außen- und Innenwelt, den Aktionären, Politikern, der Konkurrenz, den Kunden, den Mitarbeitern.

Wir wissen sehr genau, daß unsere Unternehmensstrategien ohne Öffentlichkeit und deren Zustimmung kaum erfolgreich durchgesetzt und praktiziert werden können. In einer Gesellschaft, die sich immer stärker emanzipiert, deren Informationsbedürfnis wächst und die kritisch prüft, was in ihr und mit ihr geschieht, geht es uns wie den Politikern: Auch wir haben eine «constituency», die um Akzeptanz gefragt werden muß. Ohne Zustimmung unserer Mitarbeiter – der internen Öffentlichkeit – und unseren Kunden – der externen Öffentlichkeit – können wir unsere Ziele nicht erreichen. In diesem Spannungsdreieck von Unternehmen, Medien und kritischer Gesellschaft stehen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation. Ich will hier versuchen, einige Determinanten für diese Positionierung aufzuzeigen.

Gefährliche Liebschaften

In dem berühmten Roman von Choderlos des Laclos «Les liaisons dangereuses» (Gefährliche Liebschaften) findet sich ein Briefwechsel zwischen einer Dame von Welt und einer jungen Frau, in der die erste vor der weiteren Bekanntschaft mit einem Herrn von schlechtem Ruf abrät: «Sie halten ihn einer Umkehr zum Besseren für fähig, ja, sagen wir mehr, nehmen wir dieses Wunder als wirklich geschehen an – würde nicht gegen ihn die öffentliche Meinung bestehen bleiben und müßte das nicht genügen, Ihr Verhältnis zu ihm danach einzurichten?»

In diesem Zitat finden sich wichtige Elemente, die unser Thema betreffen. Da ist zum einen die Benennung der öffentlichen Meinung als Urteilsinstanz für die Reputation. Und da ist zum anderen der Appell an die Verhaltensweise – die Erwartung nämlich, daß Entscheidungen und Verfahren im Sinne dieser Urteilsdistanz getroffen beziehungsweise eingerichtet werden sollen.

Der Begriff der öffentlichen Meinung hat sehr schnell im philosophisch-politischen Raum Karriere gemacht. «All governments rest on opinion», postulierte James Madison, einer der amerikanischen Verfassungsväter, in den «Federalist Papers». Alle Herrschaft gründet sich auf Meinung. Diese Überzeugung ist zu einem fundamentalen Glaubenssatz der westlichen Demokratien geworden. Mehr oder weniger virtuos wird auf den Instrumenten der Medienkommunikation gespielt, um die öffentliche Meinung für sich und seine Meinung einzunehmen. Wenn man an das – von vielen als negativ empfundene – Beispiel amerikanischer Präsidentschaftswahlen denkt, weiß man, was ich meine. Gegenüber den ausgefeilten Werbestrategien der Kandidatenpräsentation treten die eigentlichen politischen Inhalte und auch die eigentlichen Menschen, die diese Inhalte vermitteln, in den Hintergrund.

Hans Thomas erwähnt in seinem Traktat über «Wirklichkeit als Inszenierung» den Schulausflug nach Bonn. Ein Schüler sieht den Bundeskanzler. Der Junge – an ein intensives Fernsehprogramm gewöhnt – berichtet den Eltern, er, der Bundeskanzler, sei aber nicht so gewesen, wie er wirklich ist. Tatsächlich muß der Bundeskanzler auf dem Bildschirm mehr Bundeskanzler sein, als er ist. Er spielt dort die verdichtete «Rolle» des Bundeskanzlers. – Weil er vor der Kamera niemandem konkret begegnet, muß er sich inszenieren.

Die Medienwirklichkeit

Hier sind wir an einem entscheidenden Punkt: Die Inszenierung von Wirklichkeit, die den Alltag der Medienwelt ausmacht – nicht von ungefähr heißen sie Medien – zwingt jedermann zur Selbstdarstellung. Es sind Rollen, die da gespielt werden, weil eine zuschauende und zuhörende Öffentlichkeit dies erwartet. Die Wirklichkeit inkarniert sich in Darstellung, und es taucht die Frage auf, ob sich eine durch Darstellung informierte Öffentlichkeit, ob sich eine solche «Informationsgesellschaft» denn auch tatsächlich in Richtung auf mehr Wirklichkeitsnähe bewegt.

Ich habe ab und an Zweifel und zitiere noch einmal Hans Thomas: «Medienwirklichkeit ist die permanente Hochform». Permanente Hochform ist nicht wirklich, sie ist gleichsam realer als real. Baudrillard nennt es das Hyperreale. Es zeigt ganz eigene Ausprägungen: Das Hyperreale der natürlichen Entwicklung ist die Stimulation, das des Ereignisses die Sensation, das der Sexualität der Porno, das des Schadens die Katastrophe, das der Person der Funktionsträger.

In einem Gespräch, das ich einmal mit einem Journalisten hatte, sah ich mich am Ende zu der Bemerkung veranlaßt: «Sie können sich offenbar gar nicht vorstellen, daß ein Mensch in meiner Position nicht machtbesessen, nicht konspirativ, maßlos ehrgeizig, geld- und ämtergierig, publizitätssüchtig ist – um schlimmere Epitheta beiseite zu lassen.» Seine freimütige Antwort lautete: «Das kann ich mir in der Tat nicht vorstellen.» Hier zeigt sich: «Jeder steht auf der Bühne des durchgestylten Rollenspiels repräsentierter Interessen. Offene Gespräche enden, öffentliche Gespräche beginnen – das Ende der Kommunikation.» (Thomas)

Medien als Bühne

Dieses Ende aber ist häufig der Beginn von Performance. Zur-Schau-Stellung verstanden als Legitimationsversuch. Dafür bieten die Medien die Bühne, eben das Medium. Die Politiker haben längst gelernt, auf dieser Bühne um Zustimmung für ihre Person und ihre Sache zu werben. Sie wissen um die Legitimierungschance, die ihnen Presse, Hörfunk und Fersehen bieten.

Im Vergleich dazu hat man gelegentlich den Eindruck, daß in der Wirtschaft die Dimensionen der so verstandenen Öffentlichkeit noch nicht hinreichend erkannt werden. Dabei sind die Zeiten vorbei,

in denen unser Metier durch einen von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen getragenen Grundkonsens legitimiert wurde. Heute stehen sie im allgemeinen Bewußtsein für Stahlkrise, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung. Es werden ja nicht nur von gesellschaftlichen Außenseitern unser Fortschrittswille und unsere Problemlösungskompetenz in Frage gestellt.

Zum wiederholten Male ist es zum Beispiel gerade jetzt wieder die Kreditwirtschaft, deren Funktion und Handlungsweise allgemein kritisch hinterfragt wird. Die zunehmend subjektive Sensibilisierung der Bevölkerung spüren wir jeden Tag in Presse, Funk und Fernsehen. Wir erfahren sie durch Briefe, Anrufe und persönliche Adressen im Gespräch. Dabei zeigt sich die angesichts der komplexen Wirklichkeit unvermeidliche Fragmentierung der Sachverhalte, für die die Menschen wegen der intellektuellen Entropie nach Orten der Gewißheit suchen. Solche Orte vermuten sie in den Medien, die mit ihrer subtilen Kodifizierung auch dort verstehen, vermitteln (müssen), wo die Wirklichkeit nur schwer verständlich ist. Das Maß, in dem ihnen dies gelingt, bestimmt mit über die Reaktionen des Gefallens in Gestalt von Einschaltquoten und Abonnements. Die Konsequenz ist eine Gefahr, die Gefahr nämlich, daß Wirklichkeit durch Zustimmung, Wahrheit durch Konsens ersetzt wird.

Wahrheit – ein Problem?

Ist dies der Grund für die oft feststellbare Selektion der Berichtsinhalte, eine Selektion, die gründlicher Recherche und umfassender Vermittlung widerspricht? «Wahrheit wird zum zweitrangigen Problem», sagt Gianfranco Bettetini. Und weiter: «Vielmehr [sind] die Ziele eine konstruierte Evidenz, eine scheinbare Transparenz, leichte ‹Lesbarkeit›, also starke Überzeugungskraft.»

Diese «konstruierte Evidenz» bereitet uns Schwierigkeiten. Denn sie auferlegt uns eine zweite Sicht und Verhaltensweise, an die wir noch nicht gewöhnt sind. Neben der Alltagspflicht nüchterner Realitätsbewältigung, die immer auch das Risiko des Scheiterns – besser der Popperschen Falsifikation – einschließt, geht es um die engagierte Vermittlung unumstößlicher, wenngleich nur simulierter Realitätsgewißheit. Das ist schwer, weil jetzt nicht mehr Inhalte bestimmen, sondern die Art und Weise ihres formalen und personalen Transports. Und dieser muß häufig geschehen im Stil einer Apodiktik, die bescheidenes Hinterfragen nicht mehr zuläßt. Die kleine

Sentenz von Hans Thomas stimmt schon, der von einem einfachen Zeitungsleser seiner Sauerländischen Heimat den Ausspruch berichtet: «So viel Wahrheit, wie in der Zeitung steht, gibt es überhaupt nicht.»

Ich meine, daß wir gemeinsam – Wirtschaft und Medien, Wirtschaft und Presse – daran arbeiten müssen, den Dialog zurückzugewinnen, vom Wahrsagen zum die Wahrheit-Finden als einem verpflichtenden beiderseitigen Erkenntnisinteresse zu gelangen. Hier klingt Pädagogik an, die uns über die bequeme Neigung, es sich einfach machen zu wollen, hinweg hilft. Lernen war noch nie leicht. Und im Umgang mit der immer komplexer werdenden Wirklichkeit sind und bleiben wir alle Lernende. Erfolg können wir dabei nur dann haben, wenn wir der Entwirklichung durch Vor-Urteile oder vorgefaßte Meinungen, wenn wir der Klischierung der Realität entraten oder ganz bescheiden wieder lernen wollen.

Das eigentliche Vermittlungsmedium zwischen den Menschen ist doch der Geist. Er ist Kommunikation im Sinne von Erklärung, nicht im Sinne von Überredung oder gar nur Unterhaltung. Daraus folgt für uns, die Wirtschaft, das Gebot der Informationskultur. Stärker noch als bisher müssen die Unternehmen ihr Handeln gegenüber der Öffentlichkeit erklären. Wir sind unter Begründungszwang gestellt. Gerade weil, anders als in der klassischen Wirtschaftstheorie behauptet, der Wirtschaftende «Handelnder» und nicht von anonymen Wirtschaftskräften «Gehandelter» ist, bleibt er mit der individuellen Verantwortung beladen, die Zwecke seines Handelns zu reflektieren und zu verdeutlichen. Das, was wir wollen, muß drinnen – in unserem Unternehmen – verstanden und akzeptiert werden, sonst können wir es nicht durchsetzen, und es muß draußen – in der Öffentlichkeit – verstanden und akzeptiert werden, sonst erhalten wir uns nicht die Glaubwürdigkeit, die für unser Wirken langfristig unentbehrlich ist.

Bad news = good news?

Manchmal habe ich den Einruck, daß viele Unternehmen und Unternehmer den Dialog mit den Medien noch nicht als ständige unternehmerische Aufgabe begreifen. Die Presse wird weniger als Partner denn als Gegner begriffen, der sich nur für das Unternehmen interessiert, wenn es in Schwierigkeiten steckt.

Sind für Sie denn wirklich nur «Bad news good news»? Ich glaube das nicht. Dies wäre ein strukturloser Diskurs, der schon intel-

lektuell nicht befriedigt, geschweige denn sachlich. Es ginge zudem von einem Adressaten, dem Benutzer der Medien aus – dem Hörer, dem Leser, dem Fernsehzuschauer –, dem nur noch die Rolle des undifferenzierten Skandalfreaks zugestanden wird. Tatsächlich suchen die Medien aber doch seit langem und mit zunehmender Intensität nach dem Benutzer, der seine Konsum-Kultur auffächert und vielfältiger macht, sowohl im Hinblick auf Inhalte als auch auf Werte oder Bewertungen.

Das schließt natürlich Kritik ein – Kritik an uns und unserem Verhalten. Edzard Reuter hat formuliert: «Nur Unternehmen, die ihr Tun in Frage stellen und sich dabei helfen lassen, indem sie in Kauf nehmen, in Frage gestellt zu werden, haben die Chance, richtig zu handeln.»

Hier wird vom feedback gesprochen, das korrigierende Wirkungen bei uns auslöst, mindestens eine Art von Ferment darstellt, das den Prozeß der unternehmensinternen Reagenz beschleunigt. So gesehen schaffen die Medien Wirklichkeit gerade erst dadurch, daß sie kritisch sind. Sie sollten es bleiben, allerdings mit dem der Sache gemäßen Augenmaß. Es gibt ja immer zwei grundverschiedene Blickrichtungen, aus denen man Wirklichkeit betrachten, von denen man Augenmaß ableiten kann: die realistische und die ideologische.

Ich weiß sehr wohl, daß hier ein Spannungsfeld der medialen Intention angesprochen ist – eine Frage der journalistischen Kultur, ihres Selbstverständnisses. Bilden sie Wirklichkeit ab? Oder verhalten sie sich kreativ? Sollen wir einen Journalismus verwerfen, der uns aus der Lebenswirklichkeit wegen mangelnder Realitätstreue entführt, oder sollen wir ihn wegen seiner künstlerischen Schöpfungspotentiale begrüßen? Aus unserer Sicht ist die Antwort scheinbar eindeutig. Uns geht es um Berichterstattung, in der Tat um Abbildung von Wirklichkeit so, wie sie ist und nicht so, wie man glaubt, daß sie sei.

Wenn eine große Illustrierte berichtete – und beklagte –, wir hätten vor Jahren die Aktien eines großen, aus einer ehemaligen Genossenschaft entstandenen Handelskonzerns zu überhöhten Kursen an der Börse eingeführt, so ist das eben nicht wahr. Der genaue Hergang wäre bei gründlicher Recherche leicht festzustellen gewesen. Wenn der Beteiligung von Daimler an MBB das Motiv unterstellt wird, verstärkt Rüstungswirtschaft betreiben zu wollen, und man daraus energischen Widerstand gegen Abrüstungsmaßnahmen folgert, so trifft das eben nicht zu. Auch hier hätten Faktenstudium und

Meinungsanalyse helfen können, die Sachverhalte sachgemäß darzustellen.

Wenn ich dennoch von der scheinbaren Eindeutigkeit unserer Antwort gesprochen habe, dann natürlich wegen der auch uns bewußten und von uns gewollten Zweistufigkeit journalistischer Praxis. Die erwähnte Frage nach der Aufgabenstellung – Abbildung der Wirklichkeit oder kreative Simulation – ist falsch gestellt.

«Wichtig ist der Text»

Wir brauchen beides: Berichterstattung und Kommentierung, aber eben eine Kommentierung der Wirklichkeit, nicht eine solche der Un-Wirklichkeit. Wirklichkeit wird durch Berichterstattung reproduziert und dann analysierend und wertend kommentiert werden. Un-Wirklichkeit wird produziert. Sie kann ebenfalls Objekt der Kommentierung, nicht aber ein solches der Berichterstattung sein. Sie ist, so meine ich, zudem ein Verstoß gegen das Freiheitspostulat des Informationskonsumenten, als unseres gemeinsamen Adressaten, des Hörers, Lesers, Zuschauers. «Wichtig ist der Text», sagten die Schriftgelehrten. Zerstört man ihn, so vernichtet man zugleich das kommunikative Projekt.

Dies gilt auch für uns. Unser kommunikatives Projekt ist der Sachverhalt. Ihn unverfälscht darzustellen, ihn nicht zu zerstören, bevor man ihn kommentiert, entspricht dem Freiheitspostulat, dem Ziel, den Konsumenten in den Stand zu setzen, inmitten der Medien seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Sie setzt aber auf unserer Seite – der Seite der Wirtschaft – im Verkehr mit den Medien, der Presse, eines voraus, nämlich Offenheit in des Wortes direkter Bedeutung. Wir müssen sagen, was ist, wir dürfen nicht verschweigen oder verdecken. In unserem Hause soll die Öffentlichkeitsarbeit – im Wort steckt Offenheit – unter dem Gebot ablaufen: Sagen, was man denkt (und was ist), tun, was man sagt, und sein, was man tut. Damit soll Glaubwürdigkeit erreicht werden als eine Art Vorbedingung für Akzeptanz. Ich sprach ja von der auch für uns vorhandenen «constituency». Natürlich ist Glaubwürdigkeit noch nicht Akzeptanz. Aber ohne Glaubwürdigkeit wird diese kaum erreichbar sein.

Bemühen wir uns also um Offenheit. Wir brauchen Glasnost für den Kapitalismus – auch und gerade für die kapitalistische Wirtschaft. Sie bedarf angesichts der schon wiederholt angesprochenen Komplexität der Mittelbarkeit der Botschaft. Dies mag hier und da

nach Vereinfachung rufen. Aber es muß eine Vereinfachung sein, die aus der Kenntnis des Komplizierten, nicht aus Scheu vor ihm entsteht. Und ein weiteres kommt hinzu: Ob vereinfacht oder kompliziert – notwendig ist Überblick. Er aber setzt Distanz – kritische Distanz – voraus. Halten wir Abstand. Nähern wir uns allenfalls auf Sichtnähe.

Das hat nichts mit Berührungsangst zu tun und schon gar nichts mit Überheblichkeit. Es bedeutet vielmehr kritische Distanz auch zu uns selbst. Wirtschaft ist wegen des Objekts ihrer Fürsorge immer in der Gefahr der distanzlosen Selbstbezogenheit. Sie tendiert dadurch medienpolitisch zur Hofberichterstattung. Dem muß eine unvoreingenommene Presse- und Medienbranche entgegenwirken.

Der amerikanische Prognostiker John Naisbitt hat einmal gesagt: «Die neue Quelle der Macht ist nicht mehr das Geld in der Hand von wenigen, sondern die Information in den Händen von vielen.»

Eine vierte Gewalt – neben Legislative, Exekutive und Rechtsprechung – werden die Medien genannt. Ich zweifle nicht daran, daß sie es wirklich sind. Dies auferlegt den Journalisten ein hohes Maß an Verantwortung. Medienmacher sollten sich bewußt sein, welche Wirkungen ihre Worte und Zeichen hervorrufen können. Verantwortung hat mit Antwort zu tun.

Versuchen wir gemeinsam, sie zu finden, für die drängenden Fragen unserer Zeit. Kein Klischee, sondern nur ein wahres Wort und ein zutreffendes Bild gegenüber dem Geist und der Sache, den beiden Entitäten, denen wir als intelligente Wesen verpflichtet sind.

Anhang

WPV-Referenten
Oktober 1974 bis Ende 1998

1974

Fritz Conzen
Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels

Dr. Helmut Schlesinger
Mitglied des Bundesbank-Direktoriums

Dr. Heinz Schulte
Vorstandsvorsitzender Steag AG

1975

Dr. Johann Heinrich von Brunn
Präsident des Verbandes der Automobilindustrie

Wilhelm Haferkamp
Vizepräsident der EG-Kommission, Brüssel

Toni Schmücker
Vorstandsvorsitzender Volkswagenwerk AG

Dr. Hans-Werner Staratzke
Vorstandsvorsitzender Gesamttextil

Dr. Wolfgang Vaerst
Präsident Deutsche Bundesbahn

Johannes Welbergen
Vorstandsvorsitzender Deutsche Shell AG

1976

Dr. Rudolf v. Bennigsen-Foerder
Vorstandsvorsitzender Veba AG

Dr. Marcus Bierich
Vorstandsmitglied Mannesmann AG

Dr. Helmuth Buddenberg
Vorstandsvorsitzender BP AG

Dr. Friedrich Wilhelm Christians
Vorstandssprecher Deutsche Bank AG

Prof. Dr. Herbert Grünewald
Vorstandsvorsitzender Bayer AG

Dr. Lily Joens
Präsidentin der «Vereinigung von Unternehmerinnen e.V.»

Dr. Detlev Carsten Rohwedder
Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

Werner Tyrell
Präsident des Deutschen Weinbauverbands
(Informationsreise ins Weinbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer)

Olivier Wormser
Französischer Botschafter in Bonn
(«Überblick über die Möglichkeiten einer Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich»)

1977

Dr. Heinz Arche
Vorstandsvorsitzender AG Weser
(«Schwierige Werftprobleme»)

Besuch der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft und Gespräche mit Senatssprecher Manfred von Scheven und Tiedemann, Senator für Wirtschaft und Außenhandel

John Diebold
Präsident der amerikanischen Diebold-Gruppe
(«Entwicklungen in der Kommunikations- und Informations-Technologie und ihr Einfluß auf die Unternehmen»)

Duisburg-Ruhrorter Häfen AG, Gespräche über Binnenhafenwirtschaft und Binnenschiffahrt

Dr. Erwin Gärtner
Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau
(«Rohstoffpolitische Aspekte und die Lage des deutschen Bergbaus 1977»)

Dr. Fritz Oschmann
Vorsitzender der Geschäftsführung Deminex
(«Strukturwandel auf dem Erdölmarkt und seine Auswirkungen auf den Explorations- und Produktionsbereich»)

Dr. Hanns Martin Schleyer
Präsident des BDI und der BDA
(«Überblick über die Rolle der Spitzenverbände der Wirtschaft mit aktueller Diskussion über wirtschaftspolitische Fragen»)

Prof. Dr. Matthias Seefelder
Vorstandsvorsitzender BASF AG
(«Wirtschaftspolitik unter dem Stichwort ‹Lehren aus der Krise› und Information über die jüngste Entwicklung des BASF-Konzerns»)

Prof. Dr. Joachim Zahn
Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG
(«Lage und Zukunftsaussichten der Automobilindustrie»)

Vorstandsmitglieder und Sachbearbeiter des Arbeitskreises Sozialbilanzen
(«Vorstellung der ausgearbeiteten Rahmenempfehlungen für die Ausgestaltung einer gesellschaftsbezogenen Unternehmensrechnung und Diskussion über Sozialbilanzen»)

1978

Dr. Ernst Bracker
Geschäftsführer DWS-Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen

Dr. Guido Brunner
Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel

Constantin Freiherr von Heereman
Präsident des Deutschen Bauernverbandes

Dr. Bernhard Kapp und Dr. Hans-Jürgen Zechlin
Präsident und Mitglied der Hauptgeschäftsführung VDMA

Prof. Dr. Rudolf Scheid
Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie

Dr. Otto Schlecht
Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

Walter J. Stoessel jr.
Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn

1979

Hans Hartwig
Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels

Dr. Günther Herion
Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bau-Industrie

Lenhard J. Holschuh
Generalsekretär des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts, Brüssel

Dr. Ulf Lantzke
Executive Director der Internationalen Energie-Agentur, Paris

Dr. Horst Magerl
Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke

Toni Schmücker
Vorstandsvorsitzender Volkswagenwerk AG

Dr. Dieter von Würzen
Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

1980

Dr. Gert Bindels
Vorstandsmitglied Kienzle-Daten-Technik

Duisburg-Ruhrorter Häfen AG
(Informationsgespräch)

Dr. von Ilsemann
Vorstandsvorsitzender Deutsche Shell AG

Dr. Ing. E. h. Willy Korf
Persönlich haftender Gesellschafter Korf AG

Dr. Heinz Sager
Vorstandssprecher Hapag Lloyd AG

Prof. Dr. Rolf Sammet
Vorstandsvorsitzender Hoechst AG

Adolf Schmidt MdB
Vorsitzender der IG Bergbau und Energie

Dietrich E. Seedorf
Vorstandsmitglied Triumph-Adler

Dr. Bindels
Vorstandsmitglied Kienzle-Daten-Technik

Günter Vogelsang
Aufsichtsrat

1981

Dr. Herbert Culmann
Vorstandsvorsitzender Deutsche Lufthansa AG

Dr. Hartwig Geginat
Vorstandsvorsitzender Feldmühle AG

Dr. Rudolf Judith
Vorstandsmitglied Industriegewerkschaft Metall

Dr. Manfred Lennings
Vorstandsvorsitzender Gutehoffnungshütte Aktienverein Oberhausen

Dr. Klaus Liesen
Vorstandsvorsitzender Ruhrgas AG

Tyll Necker
Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)

Dr. Konrad Neundörfer
Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Wolf Petzall
Vorstandsmitglied Petroleos de Venezuela S. A.

Dr. Ferrucio Sarti
Italienisches Institut für Außenhandel

1982

Dr. Eberhard Bitterlich
Vorstandsmitglied Deutsche Babcock AG
(«Investitionsstau im Anlagenbau – Zwang zum Export»)

Dipl-Kfm. Hans Freiländer
Vorstandsmitglied Brown-Boveri & Cie. AG

Dr. Harald Kühnen
Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken
(«Erörterung bankpolitischer Fragen»)

Dr. Karl-Heinz Narjes
Mitglied der Europäischen Kommission in Brüssel
(«Gibt es überhaupt einen Gemeinsamen Markt?»)

Dr. Bernd Otto
Vorstandsvorsitzender Coop AG
(«Konzentration im Handel – Risiken und Chancen»)

Hans-Georg Pohl
Vorstandsvorsitzender Deutsche Shell AG
(«Aktuelle Probleme der Mineralölwirtschaft»)

Dr. Gerhard Prinz
Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG
(«Zukunftsaspekte der Automobilindustrie»)

Prof. Dr. Rolf Sammet
Vorstandsvorsitzender Hoechst AG
(«Chemie fordert mehr Mut zur Marktwirtschaft»)

Dr. Günter Sassmannshausen
Vorstandsvorsitzender Preussag AG

1983

Dr. Klaus Asche
Vorstandsvorsitzender Holstenbrauerei AG

Etienne Vicomte Davignon
Vize-Präsident der EG-Kommission in Brüssel

Dr. Reiner Gohlke
Präsident der Deutschen Bundesbahn

Dr. Herbert Grassert
Vorstandsvorsitzender Brown-Boveri & Cie AG

Dr. Klaus Marquardt
Vorstandsvorsitzender Aral AG

Jürgen Schrader
Vorsitzender der Geschäftsführung Deutsche Unilever GmbH

Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth
Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken

1984

Dr. Malte Bischoff
Vorsitzender der Geschäftsführung Condor Flugdienst GmbH

Dr. Wolfgang Habbel
Vorstandsvorsitzender AUDI NSU Auto Union AG

Dr. Klaus Piltz, Dr. Marcus Bierich, Dr. Wolfgang Röller
Präsidium Arbeitskreis Aktie

R. D. Sathe
Indischer Botschafter in Bonn

Dr. Walter Seipp
Vorstandsvorsitzender Commerzbank AG

Heinrich Weiss
Vorstandsvorsitzender SMS Schloemann-Siemag AG und Vorsitzender des Arbeitskreises China im Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft
(«Chancen und Grenzen des China-Geschäfts»)

Wilhelm Zeller
Vorstandsmitglied Kölnische Rückversicherung AG

1985

Gert Becker
Vorstandsvorsitzender Degussa AG
(«Gold und Geld – Ein Rückblick mit Anmerkungen zur Gegenwart»)

Prof. Dr. Werner Breitschwerdt
Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG
(«Bericht über die Lage in der Automobilindustrie und die jüngsten Entwicklungen der Daimler-Benz AG»)

Dr. Helmut Geiger
Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband
(«Wirtschaftliche Perspektiven 1985»)

Dr. Hansjörg Häfele
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
(«Mittelfristige Aspekte der Finanzpolitik»)

Heinz Nixdorf
Vorstandsvorsitzender Nixdorf Computer AG
(«Der technologische Wandel und die Gefahr der Arbeitslosigkeit»)

Prof. Dr. Otto H. Schile
Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau – VDMA
(«Neue Informationsstechnologien – Herausforderung der Chance für den Maschinenbau»)

Dr. Karl-Herbert Schneider-Gädicke
Vorstandsmitglied DG-Bank-Deutsche Genossenschaftsbank
(«Sparer ändern ihr Verhalten. Was tun die Banken?»)

Dipl.-Volksw. Horst Schröder-Lüneburg
Geschäftsführer DEG-Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln
(«Neue Akzente in der partnerschaftlichen Entwicklungshilfe im Zusammenhang mit der Arbeit und den Aufgaben der DEG»)

Dr. Mark Wössner
Vorstandsvorsitzender Bertelsmann AG
(«Konkurrenzsituation der Medien – Status, Konzepte, Strategien»)

1986

Rudolf v. Bennigsen-Foerder
Vorstandsvorsitzender Veba AG
(«Anmerkungen zur Energiepolitik»)

Professor Hermann von Berg
DDR-Kritiker
(«Der reale Sozialismus»)

Dr. Marcus Bierich
Vorsitzender der Geschäftsführung Robert Bosch GmbH
(«Innovation und Wettbewerbsfähigkeit»)

S. E. Serge Boidevaix
Französischer Botschafter in Bonn
(«Die neue französische Wirtschaftspolitik»)

Ernst Breit
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
(«Aktuelle Fragen der Gewerkschaftspolitik»)

Joseph Fischer
Minister für Umwelt und Energie des Landes Hessen
(«Energiepolitik heute»)

Prof. Dr. Karl-Heinz Forster
Sprecher des Vorstandes Treuarbeit AG
(«Das neue Bilanzrichtlinien-Gesetz»)

Ignaz Kiechle
Bundesminister für Ernährung Landwirtschaft und Forsten
gemeinsam mit
Professor Dr. Rolf Sammet
Vorsitzender der Verbindungsstelle Landwirtschaft – Industrie
(«Nutzung nachwachsender Rohstoffe als Chance für die Agrarwirtschaft»)

Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
(«Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei»)

1987

Wolf-Dieter Baumgartl
Vorstandsmitglied Aachener und Münchener Beteiligungs AG, Aachen
(«Gedanken zu Begriff und realistischer Einschätzung von Allfinanz-Angeboten»)

Dipl.-Kfm. Roland Berger
Geschäftsführender Partner Roland Berger und Partner GmbH
(«Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie»)

Luitwin Gisbert von Boch-Galhau
Geschäftsführender Gesellschafter und Vorstandsvorsitzer Villeroy & Boch Keramische Werke KG
(«Lage und Aussichten der deutschen keramischen Industrie bei enger werdenden Märkten aus der Sicht des Marktführers»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
(«Aktuelle Wirtschafts- und Steuerpolitik»)

Dr. Klaus Dieter Leister
Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen
(«Strukturfragen und wirtschaftliche Entwicklung in NRW»)

Professor Dr. Helmut Sihler
Vorsitzender der Geschäftsführung Henkel KgaA
(«Entwicklungsmöglichkeiten der Henkel-Gruppe für die neunziger Jahre»)

Helmut Werner
Vorstandsvorsitzender Continental Gummi-Werke AG
(«Die drei Wirtschaftsblöcke und der neue Dollar – Konsequenzen für die Zulieferer der Kfz-Industrie»)

Dr. Carl Zimmerer
Geschäftsführender Gesellschafter Interfinanz GmbH, Düsseldorf
(«Die Renaissance der selbständigen Unternehmensgründungen international»)

Besuch bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Gespräche mit
M. Hernandez-Lopez, J.-P. Bache, V. Lelakis
Mitglieder der Generaldirektion «Wirtschaft und Finanzen»,
Karl-Heinz Narjes,
Vizepräsident,
M. Power, A. Colling und H. von Bose
(«Die Energiepolitik der Europäischen Gemeinschaft – Die Kohlepolitik der Europäischen Gemeinschaft – Soziale Aspekte der Stahl- und Energiepolitik»)

Dr. Fritz Behrens
Regierungspräsident Düsseldorf
(«Unterstützung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen durch regionale und kommunale Wirtschaftsförderung»)

Dr. Friedrich Wilhelm Christians
Vorstandssprecher Deutsche Bank AG
(«Europa 1992 – Herausforderung und Chance»)

Dr.-Ing. Karlheinz Kaske
Vorstandsvorsitzender Siemens AG
(«Technischer Wandel – Herausforderung für Europa»)

Dr.-Ing. E. h. Willy Korf
Persönlich haftender Gesellschafter Korf AG
(«Zukunft des Stahls – unter besonderer Berücksichtigung neuer Technologien»)

Dr. Werner Lamby
Vorstandsmitglied Viag AG, Berlin/Bonn
(«Die Viag nach der Privatisierung»)

Konsul Klaus Richter
Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels
(«Währungsparitäten und Außenhandel»)

Dr. Dieter Spethmann
Vorstandsvorsitzender Thyssen AG, Düsseldorf
(«Europa – Vision und Wirklichkeit»)

Hermann J. Strenger
Vorstandsvorsitzender Bayer AG
(«Turbulente Aktienkurse und Dollar-Verfall – Was tut Bayer, um in diesem Umfeld erfolgreich zu bestehen?»)

1989

Dr. Rolf-E. Breuer
Vorstandsmitglied Deutsche Bank AG
(«Börse im Wandel»)

Dr.-Ing. Dietmar Hopp
Vorstandsvorsitzender SAP AG – Systeme, Anwendungen, Produkte in der Datenverarbeitung
(«Stand und Entwicklung des Unternehmens – Chancen im internationalen Wettbewerb»)

Dipl.-rer. pol. Paul Lepach
Vorstandssprecher Touristik Union International
(«Bilanz des neuen Reisemarktes 1988 und Perspektiven 1989»)

Edzard Reuter
Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG
(«Bemerkungen zur Situation des Hauses Daimler-Benz»)

Helmut Ricke
Vorsitzender der Geschäftsführung Loewe Opta GmbH, Kronach
(«Unterhaltungselektronik und Telekommunikation – ein dynamisches Synergiepotential der Zukunft»)

Johannes Semler
Unternehmensberater
(«Herausforderung für den Mittelstand»)

Ministerpräsident Johannes Rau
und
Dr. Alfred Herrhausen
Vorstandssprecher Deutsche Bank AG,
als Hauptredner zum vierzigjährigen Jubiläum der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf

In Paris Gespräche bei der OECD mit
Roger Fauroux,
Ministère de L'Industrie et de L'Aménagement du Territoire,
Maureen McConvilkle, Hartmut Fest, Günther Brocker

1990

Dr. Werner H. Dieter
Vorstandsvorsitzender Mannesmann AG
(«Hundert Jahre Mannesmann – Rückblick und Ausblick»)

Günther Einert
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
(«Die künftige Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen»)

Dr. Otto Gellert
Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater
(«Die DDR-Wirtschaft im Umbruch»)

Dr. Fiedhelm Gieske
Vorstandsvorsitzender RWE AG
(«Aktuelle Fragen aus der Energiewirtschaft vor dem Hintergrund der Neuordnung des RWE-Konzerns»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank NRW
(«Europäische Wirtschafts- und Währungsunion»)

Professor Dr. Claus Köhler
Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, Frankfurt / Main
(«Aktuelle kapitalmarkt- und geldmarktpolitische Fragen»)

Professor Herbert Krejci
Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Wien
(«Österreich und die Europäische Gemeinschaft»)

Dr. Detlev Carsten Rohwedder
Vorstandsvorsitzender Hoesch AG
(«Anmerkungen zur wirtschaftlichen Erneuerung der DDR»)

1991

Claus Groth
Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea
(Informationsabend mit geselligem Beisammensein)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen
(«Die wirtschafts- und währungspolitische Lage ein Jahr nach der deutschen Einheit»)

Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender Westdeutsche Landesbank Girozentrale
(«Aufgaben einer Landesbank in den neunziger Jahren»)

Dr. Georg Obermeier
Vorstandsmitglied Viag AG
(«Viag – Finanzmanagement einer wachsenden Gruppe»)

Dr. Jens Odewald
Vorsitzender des Konzern-Vorstands Kaufhof-Holding AG
(«Die Diversifizierungspolitik der Kaufhof-Holding AG»)

Heinz Schleußer
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
(«Aktuelle Fragen zur Finanzpolitik in NRW»)

Hans-Peter Stihl
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages
(«Lage und Aussichten in den neuen Bundesländern»)

Dr. Jürgen F. Strube
Vorstandsvorsitzender BASF AG
(«Aktuelle Fragen der energiepolitischen Situation»)

Dr. Konrad Wetzker und Dr. Dieter Lange,
Vorstandsrat und Vorstand des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Ost-Berlin,
sowie
Andreas Montag,
Vorstandsvorsitzender der Keramischen Werke Hermsdorf-Tridelta AG
(«Die neuere wirtschaftliche Entwicklung in der ehemaligen DDR – unternehmerische Anpassungs-Strategien»)

1992

Professor Claus Groth
Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea
(Informationsabend mit geselligem Beisammensein)

Ulrich Hartmann
Mitglied des Vorstands Veba AG

Dr. Dieter Heuskel
Geschäftsführer «The Boston Consulting Group»

Herbert H. Jacobi
Präsident der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf und Persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus und Burkhardt KgaA
(«Chancen und Möglichkeiten der Regionalbörsen auf einem Finanzplatz Deutschland»)

Dr. Edgar Jannott
Vorstandsvorsitzender Victoria-Lebensversicherung AG, Düsseldorf
(Aktuelle Fragen der Versicherungswirtschaft»)

Hilmar Kopper
Vorstandssprecher Deutsche Bank AG
(«Europäischer Binnenmarkt und EWWU. Wie stellen sich die Banken darauf ein?»)

Dr. Heinz Kriwet
Vorstandsvorsitzender Thyssen AG
(«Last oder Lust – 1992er Anmerkungen zum Stahl in Deutschland»)

Heinz-Werner Meyer
Vorstandsvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
(«Die Gewerkschaft: Ordnungsfaktor und Gegenmacht»)

Edzard Reuter
Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG, Stuttgart
(«Anmerkungen zum Standort Deutschland»)

Professor Dr. Reinhardt Schmidt,
Direktor des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der Christian-Albrechts-Universität, Kiel
Ulrich Hartmann,
Mitglied des Vorstands, Veba AG,
Dr. Verena Volpert,
Bertelsmann AG,
Walther Wever,
Varta Batterie AG
und
Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart
auf einem Seminar «Das Shareholder-Value-Konzept» in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Aktieninstitut a. V.

Führende Persönlichkeiten der EG-Kommission waren Gesprächspartner der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Brüssel
(«Europa 93 – Möglichkeiten und Probleme eines europäischen Kapitalmarktes – Aktuelle Fragen zur Wettbewerbspolitik gegenüber Unternehmen und Mitgliedsstaaten – Gemeinsame Energiepolitik und die Stahlmarktlage»)

1993

Günther Einert
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes NRW
(«Zur wirtschaftlichen Lage in Nordrhein-Westfalen – Mit Ausblick auf das Jahr 1993»)

Professor Claus Groth
Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea
(Informationsabend mit geselligem Beisammensein)

Dr. Gerhard Liener
Vorstandsmitglied Daimler-Benz AG
(«Die Einführung der Daimler-Benz-Aktie an der New York Stock Exchange»)

Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender Westdeutsche Landesbank
(«Landesbanken im Umbruch»)

Helmut Ricke
Vorstandsvorsitzender Deutsche Bundespost Telekom
(«Bilanz drei Jahre Telekom – von der Behörde zur Aktiengesellschaft»)

Ernst Georg Stöckl
Vorstandsvorsitzender AEG AG
(«Das Ende von ‹business as usual›: Strukturanpassung als zentrale unternehmerische Aufgabe»)

Dipl.-Volksw. Herbert Vogt
Stadtkämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf
(«Kommunale Finanzprobleme Mitte der neunziger Jahre – am Beispiel der Landeshauptstadt Düsseldorf»)

Dipl.-Ing. Jürgen Weber
Vorstandsvorsitzender Deutsche Lufthansa AG
(«Europäischer Luftverkehr: magere Erträge – magere Aussichten?»)

Albrecht Woeste
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf
(«Wirtschaftlicher Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen»)

1994

Dr. Walter Deuss
Vorstandsvorsitzender Karstadt AG
(«Perspektiven für die Entwicklung des deutschen Einzelhandels»)

Professor Claus Groth
Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea
(Informationsabend mit geselligem Beisammensein)

Ulrich Hartmann
Vorstandsvorsitzender Veba AG
(«Veba und die Telekommunikation»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen
(«Aktuelle Herausforderungen an die Geld- und Währungspolitik»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen
(«Geld- und Währungspolitik im konjunkturellen Aufschwung»)

1995

Hartmut Krebs
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie NRW
(«Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik»)

Dr. Manfred Lennings
Aufsichtsratsvorsitzender der Treuhandanstalt, Berlin
(«Wiedervereinigung und kein Ende»)

Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender Westdeutsche Landesbank
(«Privates Kapital für öffentliche Aufgaben»)

Dr. Karl-Josef Neukirchen
Vorstandsvorsitzender Metallgesellschaft AG
(«Auf dem Weg zu einer neuen Metallgesellschaft»)

Dr. Manfred Schneider
Vorstandsvorsitzender Bayer AG
(«Strukturwandel in der chemisch-pharmazeutischen Industrie als unternehmerische Herausforderung für Bayer»)

Rechtsanwalt Hans-Joachim Schwarze
ehem. Vorsitzender des Arbeitskreises für Insiderfragen und Geschäftsführer der Fördergesellschaft für Börsen und Finanzmärkte in Mittel- und Osteuropa
(«Insider-Fragen» und «Börsen- und Finanzmärkte in Mittel- und Osteuropa»)

Dr. Hans- Dietrich Winkhaus
Vorsitzender der Geschäftsführung Henkel KgaA
(«Entwicklungsstrukturen bei Henkel unter Berücksichtigung von Sonderaspekten [China]»)

Dr. Lutz Aengevelt
Geschäftsführender Gesellschafter Aengevelt Immobilien KG, Düsseldorf
(Immobilienmarkt in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Corporate Real Estate und Facility Management»)

Helmut G. Bauer
Vorsitzender der Geschäftsführung der Radio NRW GmbH
(«Radio NRW – Das Informations-Handelshaus»)

Dr. Rolf-E. Breuer
Vorstandsmitglied Deutsche Bank AG
(«Die Europäische Währungsunion – Chancen und Probleme für den Kapitalmarkt»)

Jürgen Dormann
Vorstandsvorsitzender Hoechst AG
(«Globalisierung der Pharma- und Chemiemärkte»)

Professor Claus Groth
Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea
(Informationsabend mit geselligem Beisammensein)

Dr. Manfred Hagen
Geschäftsführer Technik der Wismut GmbH
(«Die strahlenden Altlasten der Wismut – Fluch und Chance»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen
(«Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion»)

Edzard Reuter
Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG
(«Aktuelle Fragen des Industriestandorts Deutschlands»)

Dieter Schulte
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
(«Beschäftigung am Standort Deutschland»)

Dr. Henning Schulte-Noelle
Vorstandsvorsitzender der Allianz AG-Holding
(«Aktuelle Trends in der internationalen Versicherungswirtschaft»)

Dr. Karl-Heinz Wessel
Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken
(«Banken im Widerstreit»)

1996

Dr. Lutz Aengevelt
Geschäftsführender Gesellschafter Aengevelt Immobilien KG
(«Der deutsche und internationale Immobilienmarkt»)

Sir Nigel Broomfield
Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Bonn
(«Europäische Prioritäten bis zum Jahr 2000 aus britischer Sicht»)

Wolfgang Clement
Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen
(«Entwicklung der Kommunikationswirtschaft in NRW»)

Dr. Gerhard Cromme
Vorstandsvorsitzender Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp
(«Probleme und Bewältigung von Fusionen am Beispiel Krupp-Hoesch»)

Dr. Dieter Falke
Vorstandsmitglied Westdeutsche Landesbank
(«Strategische Allianzen der Westdeutschen Landesbank in Europa»)

Professor Claus Groth
Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea
(Informationsabend mit geselligem Beisammensein)

Dr.-Ing. E. h. Hans-Olaf Henkel
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln
(«Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik»)

Dr.-Ing. Peter-Jürgen Kreher
Vorstandsvorsitzender FAG Kugelfischer Georg Schäfer AG
(«Standort Deutschland versus Globalisierung»)

Dr. Jörg Mittelsten Scheid
Persönlich haftender Gesellschafter Vorwerk & Co, Wuppertal
(«Wie reagieren Familienunternehmen auf den globalen Wettbewerb?»)

NRW-Finanzminister Heinz Schleußer
und Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft waren in Zusammenarbeit mit der Rheinisch-Westfälischen Börse und der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung Gastgeber einer Veranstaltung «50 Jahre Nordrhein-Westfalen»

1997

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes
(«Der Euro und die Sparkassen – aktuelle Fragen der Kreditwirtschaft»)

Dr. Jürgen Großmann
Vorsitzender der Geschäftsführung Georgsmarienhütte GmbH
(«Haben mittlere und kleinere Stahlunternehmen in Deutschland eine Zukunft?»)

Hansgeorg Hauser
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
(«Weichenstellung in der Steuerpolitik – Die Steuerreform»)

Eberhard Heinke
Vorstandsvorsitzender WGZ-Bank
(«Diskriminiert die neue Geldpolitik der Europäischen Zentralbank den deutschen Mittelstand?»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen
(«Die Globalisierung der Märkte als Herausforderung der Politik»)

Dr. Bernd Michaels
Vorstandsvorsitzender Provinzial Versicherungsanstalten der Rheinprovinz und Präsident des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft
(«Assekuranz und Steuerreform»)

Günter Michels
Vorstandsvorsitzender Aral AG, Bochum
(«Zukünftige Tendenzen im Tankstellenmarkt»)

Dr. Ron Sommer
Vorstandsvorsitzender Telekom AG
(«Die Strategie der Telecom im Jahr Eins nach dem Börsengang»)

Dr. Martin Viessmann
Alleiniger Geschäftsführer Viessmann Werke GmbH & Co.
(«Innovation und Flexibilität – Chancen für den Standort Deutschland»)

Dr. Karl-Heinz Wessel
Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken
(«Deutsche Banken vor neuen Herausforderungen – aktuelle Fragen der Kreditwirtschaft»)

1998

Roland Berger
Roland Berger & Partner
International Management Consultants («Fünf Strategien zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit»)

Dr. Eckart John von Freyend
Vorstandsvorsitzender IVG-Holding AG
(«Unternehmenspolitik und gesellschaftlicher Wandel»)

Ulrich Hartmann
Vorstandsvorsitzender Veba AG
(«Kultursponsoring als unternehmerische Aufgabe»)

Professor Dr. Reimut Jochimsen
Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen
(«Deutschland am Vorabend der Währungsunion»)

Hartmut Krebs, Staatssekretär a. D.
Vorsitzender der Geschäftsführung Messe Düsseldorf GmbH
(«Globalisierung des Messegeschäfts»)

Dr. Horst Lennertz
Mitglied der Geschäftsführung E-Plus Mobilfunk GmbH
(«Mobilfunk – Wegbereiter des Wettbewerbs in der deutschen Telekommunikation»)

Dr. Manfred Schneider
Vorstandsvorsitzender Bayer AG
(«Chancen und Risiken der Globalisierung»)

Dr. Alexander von Tippelskirch
Vorstandsvorsitzender IKB Deutsche Industriebank AG
(«Mittelstand im Umbruch – Herausforderung durch gespaltene Konjunktur und Euro»)

Mitglieder der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung e. V.

B

Dr. Kay Baden
Abteilungsdirektor Presse VEBA AG

Martin Beier
Wirtschaftsjournalist, Chefredakteur
«Das Wertpapier»

Hans-Willy Bein
Büroleiter Düsseldorf REUTERS AG

Kirsten Bialdiga
Wirtschaftsjournalistin
«vwd-Vereinigte Wirtschaftsdienste»

Dipl.-Volksw. Thomas Bona
Union der Leitenden Angestellten

Michael Bretz
Leiter Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Verband der Vereine Creditreform e. V.

Bärbel Brockmann
Korrespondentin REUTERS AG

Beate Brüninghaus
Leiterin Öffentlickeitsarbeit
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Konstanze Buhl
Freie Wirtschaftsjournalistin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

C

Dr. Jörg Chittka
Investor Relations, Presse IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Jürgen Claassen
Direktor Zentralbereich Kommunikation Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp

D

Dr. Günter Dach
Leiter Presse und Public Relations Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

Regine Deitermann
Wirtschaftsjournalistin, Wirtschaftsredakteurin WDR Westdeutscher Rundfunk

Angelika Demmer
Leiterin Öffentlichkeitsarbeit Bauen Mit Stahl e. V.

Dipl.-Ing. Robert Donnerbauer
Freier Wirtschaftsjournalist

Daniela Duhr
Pressereferentin Informationszentrum Weißblech e. V.

Taina Ebert-Rall
Freie Journalistin

E

Dipl.-Volksw. Hans-Otto Eglau
Freier Wirtschaftsjournalist

Dipl.-oec. Hans-Heinrich Eichler
Wirtschaftsjournalist

F

Ingo Faust
Wirtschaftsjournalist, Leiter Wirtschaftsredaktion «WZ Westdeutsche Zeitung»

Dieter Ferber
Wirtschaftsjournalist, Chef vom Dienst «Stuttgarter Zeitung»

Dr. Leo Fischer
Freier Wirtschaftsjournalist

Dieter Fockenbrock
Wirtschaftsjournalist, Ressortleiter «Handelsblatt»

Günter Forneck
Referat Wirtschaftspresse Bayer AG

Dr. Jürgen Frech
Wirtschaftsjournalist, Leiter Wirtschaftsredaktion «Westdeutsche Allgemeine Zeitung»

Dr. Ulrich Fritsch
Freier Wirtschaftspublizist

Uwe K. Frohns
Wirtschaftsjournalist «DM»

Dr. Reimer Fuchs
Freier Wirtschaftsjournalist

G

Christoph Garding
Freier Wirtschaftsjournalist

Michael Gaßmann
Wirtschaftsjournalist, Leiter Wirtschaftsredaktion «Kölnische Rundschau»

Dipl.-Kfm. Manfred Gburek
Wirtschaftsjournalist, Herausgeber «Fuchsbriefe»

Dipl.-Volksw. Joachim Gehlhoff
Freier Wirtschaftsjournalist

Dr. Klaus Germann
Leiter Kommunikation Rheinmetall AG

Friedrich Gottschalk
Freier Wirtschaftsjournalist

Axel Granzow
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftsredakteur «Handelsblatt»

H

Gert F. Hartmann
Freier Wirtschaftsjournalist

Dr. Bruno Heinz
Freier Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Volksw. Markus Hennes
Freier Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Kfm. Rolf Hilgers
Wirtschaftsjournalist, Chefredakteur «steuerberater intern»/«markt intern»

Reiner Hochscheid
Leiter Abt. Grundsatzfragen der Öffentlichkeitsarbeit Rheinbraun AG

Jürgen Hopf
Wirtschaftsjournalist, Presse und Öffentlichkeitsarbeit Optische Werke Rodenstock

J

Dipl.-Kfm. Werner Jaspert
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftsredakteur «Süddeutsche Zeitung»

Dr. Dieter Johannes
Leiter Presse und Öffentlichkeitsarbeit Wirtschaftsvereinigung Bergbau

Dipl.-Ing. Herbert J. Joka
Freier Wirtschaftsjournalist

K

Dipl.-Volksw. Hans Karlisch
Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Volksw. Paul Kellenbenz
Freier Wirtschaftsjournalist

Heinz-Günter Kemmer
Wirtschaftsjournalist

Udo Keßler
Wirtschaftsjournalist, Leiter Wirtschaftsredaktion «Das Wertpapier»

Dr. Manfred Kiesewetter
Freier Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Kfm. Carsten Knop
Wirtschaftsredakteur «Frankfurter Allgemeine Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

Dipl.-Kfm. Brigitte Koch-Frickenhaus
Wirtschaftsredakteurin «Frankfurter Allgemeine Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

Prof. Dr. Klaus Kocks
Publizist, Vorstandsmitglied Volkswagen AG

Reinhard Kowalewski
Leiter Presse o.tel.o

Bernd J. Krüger
Geschäftsführer Public und Investor Relations

L

Gerd Lengsdorf
Leiter Presse Ruhrgas AG

Andreas Leigers
Presse Deutsche Telekom AG

Dipl.-Volksw. Josef Leis
Finanzkommunikation

Dipl.-Kfm. Ingo Lentz
Leiter Information und Öffentlichkeitsarbeit Messe Düsseldorf

Peter Lessmann
Wirtschaftsredakteur «dpa Deutsche Presse Agentur»

Monika Lier
Freie Wirtschaftsjournalistin

Carl Lönneker
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftsredakteur «vwd – Vereinigte Wirtschaftsdienste»

Rainer Lommatzsch
Public Relations Consulting

M

RA Hans J. M. Manteuffel
Redaktionsdirektor «markt intern Branchenbriefe»

Dipl.-Kfm. Peter Martin
Freier Wirtschaftsjournalist

Volker Mester
Wirtschaftsjournalist, Korrespondent «Börsen-Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

Oskar H. Metzger
Freier Wirtschaftsjournalist, Herausgeber und Chefredakteur «Finanz-Pressedienst»

Dipl.-Volksw. Folkert Mindermann
Freier Wirtschaftsjournalist

N

Dipl.-Kfm. Siegfried Naujoks
Wirtschaftsjournalist Wirtschaftsvereinigung Bergbau

Dipl.-Volksw. Heide Neukirchen
Wirtschaftsredakteurin «Welt am Sonntag»

Lothar Noll
Wirtschaftsredakteur «Westdeutsche Allgemeine Zeitung»

Dr. Dipl.-Volksw. H.-J. Nordkämper
Wirtschaftsjournalist

Peter Norman
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftskorrespondent «Financial Times»

O

Heinrich Ollendorf
Freier Wirtschaftsjournalist

Torsten Oltmanns
Leiter Öffentlichkeitsarbeit McKinsey & Comp. Inc.

Dr. Katharina Otzen
Freie Wirtschaftsjournalistin

P

Reinhard Parthe
Direktor Kommunikation / Volkswirtschaft West LB

Dipl.-Betriebsw. Christoph Peez
Freier Wirtschaftsjournalist

Henning Peitsmeier
Wirtschafsredakteur «Börsen-Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

Prof. (USA) Lothar Petzold
Wirtschaftsjournalist, Leiter Wirtschaftsredaktion «Neue Ruhr / Neue Rhein-Zeitung»

Dipl.-Betriebw. Michael Pfister
Leiter Unternehmenskommunikation SAP AG

Dr. Axel Plagemann
Geschäftsführer Verband der Stahlexporteure

Dr. Alfred Plitzko
Freier Wirtschaftsjournalist

R

Dipl.-Volksw. Heiner Radzio
Wirtschaftsjournalist

Dr. Andreas Reichel
Leiter Kommunikation RAG AG

Rudolf Reil
Vorstandsmitglied Deutsche Apotheker- und Ärztebank

Winfried Reimann
Freier Wirtschaftsjournalist

Stephanie Reuter
Pressesprecherin Hochtief AG

Donata Riedel
Wirtschaftsredakteurin «Handelsblatt»

Dr. Günter Ringleb
Beauftragter der Chefredaktion «Handelsblatt»

Brunfrid Rudnick
Wirtschaftsjournalist, Leiter «Börsen-Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

S

Hagen Sabetzki
Wirtschaftsjournalist, Chefredakteur Global-Press GmbH

Waldemar Schäfer
Wirtschaftsjournalist, Chefredakteur «Handelsblatt»

Dr. Ulrich Scharfenorth
Wirtschaftsjournalist, Chefredakteur «stahl-markt»

Dr. Gert Schmidt
Leiter Investor Relations und Presse IKB Deutsche Industriebank AG

Christoph Schmitz
Journalist «Rheinische Post»

Martin O. Schmuck
Leiter ZDF-Landesstudio NRW

Erwin Schneider
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftsredakteur «Handelsblatt»

Hans-Joachim Schriewer
Wirtschaftsjournalist

Erich Schruff
Leiter Presse Raab Karcher AG, Veba-Immobilien-Management

Norbert C. Schulz
Freier Wirtschaftsjournalist und PR-Berater

Dipl.-Ing. Rudolf Schulze
Fachjournalist, Chefredakteur «VDI-Nachrichten»

Klaus Schumann
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftsredakteur «Handelsblatt»

Dr. Friedrich Schunder
Freier Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Finanzw. Friedhelm Schwarz
Wirtschaftsjournalist

Karl-Heinz Schwarz
Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Volksw. Ruth E. Schwarz
Wirtschaftsjournalistin

Dipl.-Volksw. Manfred Söhnlein
Leiter Presse und Information Mannesmann AG

Dipl.-Volksw. Franz Specks
Wirtschaftsjournalist, Leiter Wirtschaftsredaktion «Rheinische Post»

Leonhard Spielhofer
Freier Wirtschaftsjournalist

Claudia Steiner
Wirtschaftsredakteurin «dpa – Deutsche Presse-Agentur»

Werner Sturbeck
Wirtschaftsredakteur «Frankfurter Allgemeine Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

Stefan Terliesner
Wirtschaftsjournalist «Börsen-Zeitung», Rhein-Ruhr-Redaktion

U

Helmut Uebbing
Freier Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Volksw. Brigitte Ueffing
Wirtschaftsjournalistin, Wirtschaftsredakteurin «Rheinische Post»

V

Karlheinz Voß
Wirtschaftsjournalist, Korrespondent «Handelsblatt»

H. Vinkenflügel
Öffentlichkeitsarbeit Harpen AG

W

Klaus Walther
Direktor und Leiter Unternehmenskommunikation Ruhrgas AG

Martin Weber
Leiter Presse STEAG AG

Dipl.-Kfm. Stefan Weber
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftsredakteur «Süddeutsche Zeitung»

RA Ulrich Weber
Fachanwalt für Arbeitsrecht

Dipl.-Volksw. Michael Weisbrodt
Wirtschaftsjournalist

Dipl.-Kfm. Rüdiger Wiechers
Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bauspar AG

Dr. Andreas Wildhagen
Wirtschaftsjournalist, Redakteur «Wirtschaftswoche»

Gerhard Wille
Fachjournalist und Publizist

Dipl.-Volksw. Jürgen H. Wintermann
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftskorrespondent «Die Welt»

Dipl.-Ökon. Georg Winters
Wirtschaftsredakteur «Rheinische Post»

Dr. Marie-Luise Wolff
Leiter Unternehmenskommunikation VEBA AG

Helmut van Wyrwich
Wirtschaftsjournalist, Wirtschaftskorrespondent «Saarbrücker Zeitung»

Z

Gerhard Zaiß
Leiter Presse und Öffentlichkeitsarbeit
SMS Schloemann-Siemag AG

Stand: Ende 1998

WPV
Wirtschaftspublizistische
Vereinigung e.V.

Wirtschaftspublizistische Vereinigung e. V.
Gründungsjahr 1949
c/o Handelsblatt GmbH (Büro Erwin Schneider)
Kasernenstraße 67 · 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 887–1151 · Fax (0212) 268–1457

Abbildungsnachweis
J. H. Darchinger, Bonn (2)
Martin Edingshaus, Thorsten (2)
Handelsblatt-Bildredaktion, Düsseldorf (1)
Wolf B. Prange, Berlin (3)
J. Telöken, Recklinghausen (1)
Tillmann & Partner, Düsseldorf (1)
Helmut Uebbing, Düsseldorf (1)
Veba AG, Düsseldorf (2)

Redaktion
Beate Brüninghaus, Wuppertal

Grafische Gestaltung
Dr. Axel Wendelberger, Düsseldorf

Lithografie
TypeDesign, Düsseldorf

Gesamtherstellung
Druckerei Runge, Cloppenburg

ISBN 3-00-003915-5

© 1999 Wirtschaftspublizistische Vereinigung e. V.

ISBN 3-00-003915-5